

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 38. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 7/8 2003

## Das globalisierte Klassenzimmer!

### Die neue Schule der Euro-Turbos und Globalisierer



Ueli Brasser,  
Berufsschullehrer,  
Zürich

Es war die Zeit der Börsenhausse und der Wirtschaftsbosse, die der Politik das Programm diktierten. Damals 1995. Und das bürgerliche Quintett im Zürcher Regierungsrat schickte sich an, es umzusetzen.

Es bekniete den damaligen Gesundheitsdirektor Ernst Buschor regelrecht, doch um Gottes Willen das Bildungswesen zu sanieren. Der Ökonomieprofessor aus St. Gallen liess sich überzeugen und fortan blieb kein Stein mehr auf dem andern. Nach der Devise «Just do it» folgten sich die Projektstarts Schlag auf Schlag:

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Teilautonome Volksschule (geleitete Schule), Schulprojekt 21, Neue Schulaufsicht, lohnwirksame Beurteilung der Lehrkräfte. Bereits laufende Projekte wie die neue Lehrerbildung wurden unter Hochdruck vorangetrieben. Tabus gab es keine mehr. Selbst den Sprachfrieden, von dem nach landläufiger Meinung der nationale

Zusammenhalt abhing, stellte Buschor in Frage. Vor allem aber entpuppte sich der freundliche Professor aus der Christenpartei als radikaler Bilderstürmer, was die bisher gültigen Leitbilder pädagogischen Wirkens betraf. «Benchmark» war fortan die Fähigkeit der Heranwachsenden, sich in einer globalisierten Welt zurechtzufinden. Ein Gräuel für Heerscharen von Lehrerinnen und Lehrern, die in den Seminarien darauf eingeschworen worden waren, sich an idealen Menschenbildern zu orientieren.

«Zerstört Buschor unsere Schule?», fragte das Tagi-Magazin. Immerhin hatte die engste Umgebung inzwischen so viel Vertrauen gefasst zu ihrem Chef, dass sie felsenfest davon überzeugt war, der Bildungsdirektor werde mit einem Glanzresultat in seinem Amt bestätigt. Aber die Wiederwahl wurde zu einer Zitterpartie und zeigte, dass sich Buschor auf dünnem Eis bewegte.

Dennoch erlitt Buschor von insgesamt 22 Vorlagen lediglich eine Niederlage. Kurz vor seinem geplanten Rücktritt aus der Regierung versagten ihm 52,2% der Abstimmenden sein Volksschulgesetz. Sein Kommentar zur NZZ: «Unsere nicht professionell kontrollierte Lektionenschule der als Einzelkämpfer agierenden Lehrkräfte neigt zur Beliebigkeit und ist nicht in der Lage, die neuen vielfältigen Ansprüche unserer Gesellschaft wirksam zu erfüllen.» Wahrlich harter Tabak an die Adresse der Pädagogen!

### Buschors wichtigste Reform, die «Geleiteten Schulen»

Das Volksschulgesetz wurde zwar deutlich abgelehnt, zwei weitere Vorlagen, nämlich das Bildungsgesetz und eine Änderung der Kantonsverfassung zur Abschaffung

**Démocrate  Suisse**  
Pages 13-15

**SD zum Skandal-Bundesgerichtsentscheid**  
Seite 15

---

**1.-August-Sonderspende**

Die Durchführung einer gesamtschweizerischen Nationalfeier am 1. August ist für uns Schweizer Demokraten Ehrensache. Diesmal führt unser Weg nach Flums im gastfreundlichen Sarganserland. Sie sind herzlich eingeladen! Bitte melden Sie sich ungeniert bis 24. Juli 2003 mit dem Talon, den Sie auf der Seite 5 dieser Ausgabe finden, an. Wir freuen uns auf eine eindrückliche Nationalfeier im Kreise Gleichgesinnter.

Leider müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Die neue SD-Initiative für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten, das SD-Referendum gegen die erleichterte Einbürgerung, welches voraussichtlich im Oktober gestartet wird, und die bevorstehenden Nationalratswahlen im Herbst benötigen grosse Geldbeträge. Mit Ihrer Spende, ob gross oder klein, helfen Sie mit, dass wir Schweizer Demokraten mit etwas weniger Geldsorgen diese grossen Aufgaben anpacken können.

Vielen herzlichen Dank! Ihre SD-Parteileitung

der Bezirksschulpflege wurden angenommen. Am meisten schmerzte die Befürworter des Volksschulgesetzes, dass durch die Ablehnung des Gesetzes die beiden WiFi-Projekte «Teilautonome Volksschule» und «Neue Schulaufsicht» nicht generell eingeführt werden können.

In 187 Schulhäusern wird seit einigen Jahren, oft unter grossem Druck durch die Schulpflegen, eine Schulleitung installiert. Verschwiegen wird, dass trotz der immensen Finanzmittel, die in dieses Projekt fliessen, keine Verbesserung der Situation für die Schüler nachgewiesen werden konnte, da «Geleitete Schulen» keine unterrichtswirksamen Verbesserungen hervorbringen. Warum soll dann dieses Reformprojekt um jeden Preis durchgedrückt werden, wie

es seit dem Abstimmungssonntag den Anschein macht?

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 «Leben und Umwelt»
- 5 1.-August-Feier 2003 in Flums
- 6 Volkssouveränität statt Behördenpropaganda
- 7 George W. Bush – Imperator mundi!
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Ansprache Rudolf Keller
- 12 Der Leser hat das Wort

## Das globalisierte Klassenzimmer

Fortsetzung von Seite 1

### Türöffner für die Bildungsindustrie

Mit den «Geleiteten Schulen» findet tatsächlich ein fundamentaler Umbruch im Schulwesen statt, ohne dass die Veränderungen wirklich beim Namen genannt werden. Deshalb halten die Bildungsverantwortlichen trotz des Volks-Neins an einer Weiterführung der Geleiteten Schule fest: Der Schulleiter wird mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet.

Die Gemeindeschulpflege verliert Kompetenzen, um als gewählte Behörde in das Schulgeschehen massgebend einwirken zu können. Im Kanton Luzern, wo die «Geleiteten Schulen» bereits eingeführt sind, ist die Schulpflege noch eine Art «Verwaltungsrat» der Schule.

Durch eine professionelle Aufsicht, welche die Bezirksschulpflege ersetzt, gewinnt die Bildungsdirektion direkten Einfluss auf jedes Schulhaus. So wie es die GATS-Verträge einfordern, können in einigen Jahren die Schulen zentral gelenkt und an eine Betriebsstruktur angepasst werden, um dann der globalen Bildungsindustrie geopfert zu werden. Hauptaufgabe wird es dann sein, die Schule gut zu verkaufen, um so Schüler an die Schule zu holen. Verlierer ist dabei das Kind.

Gestützt auf die Annahme des Bildungsgesetzes, wurde ein Regierungsratsbeschluss gefällt, der die beiden WiFi-Projekte in Schulversuche umwandelte, um damit die Finanzierung der bereits begonnenen Projekte bis zum August 2004 zu sichern. Um «Geleitete Schulen» einrichten zu können, empfiehlt die Bildungsdirektion den Gemeinden, eine Änderung in der Gemeindeverordnung vorzunehmen. Trotz Volks-Nein! Allerdings auf eigene Kosten.

### In der Grundstufe sind Schulversuche bereits geplant

Auch hier sind mit dem Bildungsgesetz Schulversuche angenommen worden. Aber gerade die Abschaffung des Kindergartens stiess in der Bevölkerung auf erbitterten Widerstand. Auch da muss der Volkswille beachtet werden, indem diese Versuche gestoppt werden. Oft zu wenig bewusst sind heute die wichtigen Aufgaben und die Bedeutung des bisherigen Kindergartens. Es ist deshalb interessant zu wissen, mit wie viel Sorgfalt und Umsicht unsere Jüngsten heute noch auf die Schule, das Zusammenleben mit Gleichaltrigen und

in der grösseren Gemeinschaft vorbereitet werden und welche Bedeutung der Kindergärtnerin als einer der ersten ausserfamiliären Beziehungspersonen eines Kindes und als Vertrauensperson der Eltern zukommt.

### Die Reform, die nicht eingeführt wird

Vorläufig gestoppt werden konnte mit dem Volks-Nein die Einführung einer Schülerpauschale. Um allzu gravierende Ungerechtigkeiten zu verhindern, sollten die Pauschalen auf Grund eines Sozialindex (unter anderem: Je mehr fremdsprachige oder arbeitslose Einwohner, desto höher die Beiträge) berechnet werden. Ohne Zweifel wäre damit ein wichtiger Schritt hin zu einem Zweiklassenschulsystem eingeleitet worden.

### Schule im Dienst der Globalisierung

Die Schule steht zur Zeit im Brennpunkt wirtschaftlicher und politischer Interessen. Wurden nicht stets dann, wenn in einem Land eine Änderung der Machtverhältnisse im Gange ist, die Schule unter neue Gesichtspunkte gestellt und als erstes die Lehrmittel für Geschichte und Sozialkunde umgeschrieben oder in Neuauflagen alle Inhalte geändert? Das könnte zur heutigen Situation passen:

Die europäische Integration und die Globalisierung werden von den Medien und unseren Bundesräten und Bundesrätinnen als quasi schicksalshafte Zukunftsperspektiven präsentiert. Auch die Zürcher Bildungsdirektion begründet ihre Volksschulreform wie folgt:

«Die Reformideen basieren auf der Erkenntnis, dass sich die Schule bis zu einem gewissen Grad der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen muss. Ob man die Globalisierung begrüsst oder ablehnt, muss aus Sicht der Schule sekundär sein. Die Welt von morgen wird von den heutigen Kindern noch mehr örtliche und geistige Beweglichkeit als gegenwärtig verlangen.»

Die Schule soll also – wenn wir dies zulassen – die Aufgabe erhalten, die heranwachsende Generation auf die Zukunft in einer unfreiwillig veränderten Welt vorzubereiten. Mit anderen Worten: Direkte Demokratie ade und ab – unter das Diktat der Wirtschaft.

### Neue Bildungsdirektorin

Seit dem 19. Mai sitzt Regine Aeppli Wartmann am ehemaligen Pult von Ernst Buschor. Sicher ist, dass

ihr bei der Ausmarchung nicht einfach die übriggebliebene Direktion zugeteilt wurde. Mit ihrem Wahlkampfmotto «Jedes Kind im Kanton Zürich soll eine Zukunftsperspektive haben» hat sie ihr Interesse früh bekundet. Der Lehrerschaft gegenüber hat sich die SP-Frau wohlwollend geäussert:

«Das Geschimpfe, das in den Neunzigerjahren über die Lehrerschaft hereingebrochen sei, dass die Lehrerinnen und Lehrer faul seien und einen zu hohen Lohn hätten, habe sie immer unangebracht gefunden. Sie werde sich bemühen, die Massnahmen zusammen mit den Lehrerinnen und Lehrern umzusetzen.» (TA 20.5.03)

Die ersten Schritte hat Aeppli diesbezüglich bereits getan:

Die in der öffentlichen Diskussion und bei der Lehrerschaft am heftigsten diskutierte Massnahme der Sparübung des Regierungsrates, ist die beabsichtigte Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrösse auf 28 Schüler. Die Bildungsdirektion beabsichtigt, dieses Sanierungsziel mit einem Systemwechsel bei der Bewilligung der Anzahl Lehrstellen für die Gemeinden zu bewerkstelligen. Neben der Anzahl Schülerinnen und Schüler soll für die Festlegung der Klassengrösse in den Gemeinden ein Sozialindex entscheidend sein. Dieser setzt sich zusammen aus dem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölke-

rung, der Arbeitslosenzahl, der Anzahl Sesshafter (Einwohner, die mehr als fünf Jahre am gleichen Ort wohnen) und dem Verhältnis von Einfamilienhäusern und Mietwohnungen. Mit dieser Berechnungsart heisst es, werden die lokalen Besonderheiten berücksichtigt und Gemeinden, die bisher schon relativ grosse Klassen hatten, werden nicht zusätzlich belastet.

### Bemerkungen zum Schluss

Viel wurde in der letzten Zeit über unser Bildungssystem, die Struktur, die Finanzen und die Lehrerschaft geschrieben und erzählt.

Nur, wo bleibt die Qualität der Schule?

Wie kann eine Schule funktionieren, deren Klassengrössen mit 28 Schülern aus 20 Kulturkreisen durchmischt ist?

Bleiben da unsere Schweizerkinder nicht auf der Strecke liegen?

Ist diese Art von Sparwut in der Bildung unserer Jugend gegenüber noch verantwortlich?

Ist die Resignation der Lehrerschaft somit programmiert?

Wird hier nicht ausgerechnet an dem Ast gesägt, auf dem wir sitzen?

Genau mit diesen Fragen müssen wir Schweizer Demokraten uns auseinandersetzen.

### Corrigendum zu

## Ist die Neutralität überholt?

(Schweizer Demokrat – Nr. 6 – Seite 6)

Im Bestreben, einen geschichtlichen Überblick in knappster Form zu geben, sind mir im obengenannten Text drei Fehler unterlaufen, für die ich mich in aller Form entschuldige. Die grundsätzlichen Aussagen des Artikels werden dadurch allerdings nicht in Frage gestellt. Trotzdem möchte ich diese Fakten hier richtig stellen.

**1515** – mit der Niederlage bei Marignano wurde die vermeintliche Unbesiegbarkeit der Schweizer widerlegt. Die bald dazukommende innere (konfessionelle) Spaltung führte zur Politik des «Stillesitzens», was später als «Neutralitätspolitik» bezeichnet wurde.

**1648** – wurde als Abschluss des 30-jährigen Krieges der Westfälische Friede geschlossen. Dieser brachte unter anderem die Anerkennung der kleinen Staaten – also

auch der Schweiz – durch die damaligen Grossmächte. – Schon ein Jahr vorher (1647) war mit dem «Defensionale von Wil» die erste gesamt eidgenössische Heeresordnung geschaffen worden. Dies aus der Erkenntnis, dass Neutralität ohne bewaffneten Grenzschutz nutzlos ist.

**Österreich** ist seit dem 1.1.1995 Vollmitglied der EU mit allen Verpflichtungen und hat seit Februar 1995 als Mitglied der PfP Bestandsverpflichtungen übernommen, die das Verhältnis zur Nato als «sehr nah» erscheinen lassen. Seit November 1997 hat Österreich bei der NATO einen ständigen Vertreter akkreditiert. Die «de jure» noch vorhandene Neutralität von Österreich ist «de facto» nicht mehr existent.

Hans Spitz, Köniz



## Braucht die Schweiz wirklich Wachstum?

Braucht die Schweiz wirklich «Wachstum», wie zum x-ten Mal und durch den herrschenden politischen Konformismus ein bisschen überall, in der etablierten Politik, in sämtlichen Medien und selbstverständlich auch in der «Wirtschaft» behauptet wird? Seit Jahrzehnten haben wir hier kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr. Im Gegenteil, die Zahl der Einheimischen schrumpft. Das Wachstum kann also nur durch den Beizug von immer mehr Ein-

wanderern generiert werden. Dass eine solche Politik irgendwann einmal auf ein unüberwindbares Hindernis auffährt, und sei es wegen der Erschöpfung natürlicher Ressourcen, wegen Raumnot, weil der Verkehr zusammenbricht, weil wegen der allgegenwärtigen Verschmutzung durch zivilisatorische Abfallstoffe die Umwelt kollabiert oder weil durch die Enge der Lebensverhältnisse alle neurotisch werden, damit ist doch zu rechnen! Dass das Angebot von Waren und

Dienstleistungen nicht ins Unendliche wachsen kann, liegt doch in der Natur der Sache!

Die Schweiz braucht nicht Wachstum, sie braucht endlich Stabilität! Warum verleumdet man den Wunsch nach Stabilität immer wieder, indem man von «Stagnation» spricht? Stabilität würde ja nicht Schrumpfung bedeuten! Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Stabilität statt auf Wachstum wäre vermutlich eher Erfolg versprechend. Warum glaubt alle Welt den Wirtschaftswissenschaftlern, die nur immer Wachstum fordern, und nicht auch den Ökologen, die doch auch Wissenschaftler sind? Warum soll denn so etwas wie eine stabile Wirtschaft unmöglich sein? Gibt es für das Allheilmittel Wachstum, das angeblich auch unumgänglich sei, wissenschaftliche Beweise? Warum bleibt uns dann die offizielle Nationalökonomie diese schuldig? Wir hatten das GATT, die «Uruguay-Runde», die WTO, nun das GATS, alles unter dem Titel «Liberalisierung». Von allen diesen Verträgen versprochen uns die

Nationalökonomien nur Gutes. In Wirklichkeit geht es der Welt wirtschaftlich jedoch schlechter, auch der Schweiz. Die ständige Ausweitung des internationalen Handels hat keineswegs den Segen gebracht, der ihm theoretisch zugeschrieben wird. Hat der moderne Mensch es verlernt, aus der Erfahrung zu lernen?

Selbstverständlich haben wir nun auch in der Schweiz das Problem der Arbeitslosigkeit, des Lehrstellenmangels, dass ältere Arbeitnehmer vor Erreichen des Pensionierungsalters auf die Strasse gestellt werden. Dieses Problem liesse sich allerdings durch einen Stopp der Einwanderung lösen. Dann könnte die Wirtschaft nicht mehr ältere Schweizer durch junge Ausländer ersetzen. Das so genannte Wachstum wird dieses Problem ohne eine solche Massnahme aber sicher nicht lösen. Die Angst vor einem «Wachstum null» ist eine Massenhysterie.

Jean-Jacques Hegg,  
Gemeinderat, e. Nationalrat

## Bioprodukte überwiegend aus dem Inland!

Der Inlandanteil bei Knospe-Produkten beträgt im Durchschnitt aller Märkte zwischen 70 und 80 Prozent. Der Anteil von Importen von Produkten mit der Knospe beträgt beim Fleisch: 0 Prozent, bei Milch/Milchprodukten: 0 Prozent, bei Schaleiern: 0 Prozent, bei Früchten und Gemüse während der Saison: 0 Prozent; bei Lagergemüsen und Obst: nur punktuelle Ergänzungen durch Importe. Hingegen macht der Importanteil bei Weizen 75 Prozent, bei Roggen 30 bis 40 Prozent aus. Bei Frischprodukten ist der Importanteil minimal. Relevant sind die Importe von Bioprodukten aus dem Ausland vor allem bei Getreide sowie bei Produkten, die in der Schweiz nicht angebaut werden (Orangen, Kaffee). Die Aussage der Zeitschrift «saldo» «ein grosser Teil der BioWare stammt aus dem Ausland» ist also irreführend und einseitig.

### Kontrolle von Bioprodukten aus dem Ausland

Importe von Bioprodukten werden vor Ort durch akkreditierte Kontroll- und Zertifizierungsorganisationen kontrolliert. Zusätzlich werden sie durch das Bundesamt für Landwirtschaft und die Kantonschemiker überwacht. Import-

teure, Verarbeiter wie Mühlen oder Handelsorganisationen wie Coop prüfen die Qualität von inländischen oder ausländischen Bioprodukten bei jeder Verarbeitung oder vor dem Abpacken auf Herz und Nieren. Zudem werden Stichprobenkontrollen von der Schweiz aus gemacht, die genannten Firmen machen Laboranalysen u.a. auf GVO-Spuren oder Pestizidrückstände. Als wichtigste Massnahme kontrolliert die bio.inspecta – eine unabhängige Zertifizierungsstelle – jährlich bei allen Produkten die Kompatibilität mit den Knospe-Anforderungen. Die von der Zeitschrift «saldo» geäusserte Kritik, «eine Warenkontrolle findet nicht statt», ist unhaltbar und völlig neben den Fakten. BIO SUISSE führt zusätzlich zu den ordentlichen Kontrollen im Ausland Stichprobenkontrollen durch. Für jede einzelne Importlieferung muss eine Knospe-Bestätigung vorliegen. Diese Bestätigung wird nur ausgestellt, wenn die Gleichwertigkeit mit den Knospe-Inlandanforderungen garantiert ist. Die BIO SUISSE bleibt dem Grundsatz treu, dass einheimische Produkte mit der Knospe absolute Priorität haben. Die Herkunft wird auf den Packungen klar gekennzeichnet.

Bio Suisse

## Einsprache gegen Seerestaurant Uster

Der private Verein «Pavillon Nouvel» beabsichtigt, auf dem kantons-eigenen Grundstück am Schiffsteg in Niederuster den EXPO-Pavillon von Murten des Künstlers Jean Nouvel aufzustellen. Durch die Überstellung der Uferlinie mit einer Terrasse und ganz besonders mit der «Cabane» wird die Uferlandschaft aufs Schwerste beeinträchtigt. Die geschützte Ufervegetation wird, trotz der Integration einiger Bäume in die Terrasse, weitgehend zerstört. Wie das Wasserwirtschaftsgesetz besagt, dürfen Ausnahmen von der Einhaltung des Gewässerabstands nur bewilligt werden, wenn dabei keine öffentlichen Interessen verletzt werden. Es steht jedoch ausser Zweifel, dass jede Beeinträchtigung der Ufervegetation in einem kantonalen Schutzgebiet das öffentliche Interesse verletzt. Es handelt sich hier um ein vollständig privates Bauvorhaben und um keine Erholungsform, die seespezifisch (wie Baden, Surfen usw.) wäre. Hiefür eine Ausnahmebewilligung zu erteilen, wäre ein bedenklicher Präzedenzfall. Die Interessen der Erholungssuchenden würden geschmälert, denn ein grosses Stück der beliebten Liegewiese stünde nicht mehr für Erholungszwecke zur Verfügung und ausserdem würden Spaziergänger

genötigt, den Trampelpfad über die private Restaurant-Terrasse zu benutzen, was alles andere als angenehm wäre.

Weiter ist anzumerken, dass die geplanten Gebäude den Freiraum in einem Bereich einengen würden, in welchem sich bereits heute die Erholungssuchenden zeitweise dicht drängen: Surfer, Badende, Familien mit Picknick, etc. Zu berücksichtigen ist ferner, dass der früher vom Kantonalen Tiefbauamt illegal asphaltierte Velo- und Fussweg zur Anlieferstrasse zum Restaurant degradiert würde und die Erholungssuchenden weiter in ihrem Bewegungsraum eingengt würden. Wir sahen uns deshalb genötigt eine Einsprache einzureichen.

Rheinaubund

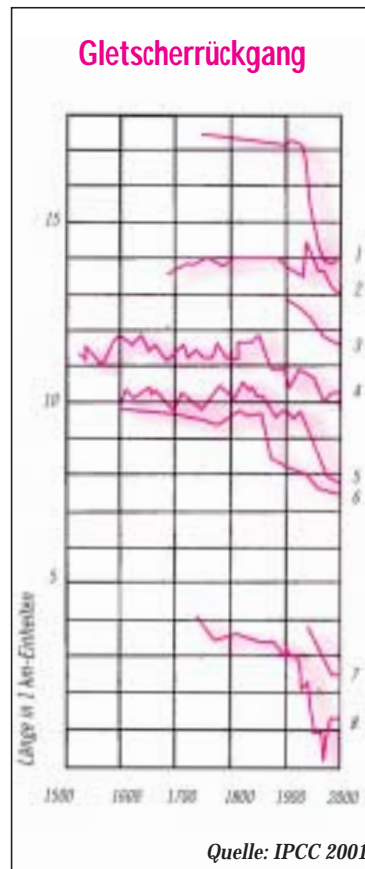


## Klimaerwärmung

Das Hochgebirge reagiert besonders sensibel auf die Klimaerwärmung. So haben die Gletscher in den Alpen allein zwischen dem letzten Höchststand um 1850 und 1970 einen Drittel ihrer Fläche und mehr als die Hälfte ihrer Masse verloren. Im IPCC-Bericht ist vom «umfassenden Rückzug der nicht-polaren Gletscher» im 20. Jahrhundert die Rede. Aber auch die mit Schnee bedeckte Fläche hat seit 1960 um etwa 10 Prozent abgenommen. Künftig werden sich die Gletscher noch stärker zurückziehen und zum Teil ganz verschwinden. Auch die Schneebedeckung wird weiter abnehmen.

Aus: Umwelt 2/03

1 Nigardsbreen Norwegen,  
2 Leirufjardarjokull Island, 3  
Wedgemount Kanada, 4 Grindelwald Schweiz, 5 Hintereiserner Österreich, 6 Rhonegletscher Schweiz, 7 Pared Sur Chile, 8 Franz-Josef-Gletscher Neuseeland



## Fliessgewässer und Klima

Das letzte Jahrzehnt war das wärmste, seit es Messungen gibt. Die Wissenschaftler sind sich einig: Kohlendioxid aus Verbrennungsprozessen liefert den wichtigsten Beitrag zur Klimaerwärmung. Für die Alpen und die Gebirgsflüsse ist diese Entwicklung gefährlich. Die Gletscher ziehen sich zurück. Ein Grossteil der Niederschläge fällt als Regen statt Schnee und fliesst so direkt ab. Die Hochwasserrisiken nehmen zu, die Überschwemmungen, Lawinen und Murgänge ebenfalls, wie wir dies im vergangenen Jahr erfahren haben. Zur Zeit laufen die Aufräumarbeiten in den Alpen, insbesondere in Graubünden. Konkrete Massnahmen zur Verhinderung der Klimaerwärmung können wir auch in der Schweiz ergreifen: zum Beispiel mit besseren Bauten, die weniger Energie verschwenden und entsprechend weniger Emissionen verursachen. Die Schweizer Brutto-/Nutzenergie-Verluste betragen gesamthaft rund 60 Pro-



zent, im Gebäudebereich bis 95 Prozent.

Mit fragwürdigen Methoden verhinderte die Atomlobby die verfassungskonforme Förderung der energieeffizienten und erneuerbaren Energien im Kernenergiegesetz im Parlament.

Greina Stiftung

## Problemloses Wasserschloss Schweiz?

**Die Schweiz ist nicht nur bekannt wegen der Schokolade und der Uhren. Die Schweiz ist vielen bekannt bzw. im Jahr der Alpen 2002 auch bekannter geworden als «Wasserschloss». Die Alpen sind ein Klimaregler, die Alpen mit Eis und Schnee sind ein Reservoir unseres Wassers (die Schweiz gilt mit 60 Milliarden m<sup>3</sup> Niederschlag pro Jahr als Regenland mit doppelt soviel Niederschlag als durchschnittlich in Europa). Wasser prägt ganz wesentlich die Natur, Landschaft und Kultur in der Schweiz – und die Menschen.**

### Etwas Statistik zur Erinnerung

Das «Wasserschloss» Schweiz besitzt 263 Milliarden m<sup>3</sup> Süswasservorkommen, und dies zur Hälfte in Seen, zu einem Drittel in Eis und Schnee, 20 Prozent im Boden und 1 Prozent in Bächen, Flüssen und Stauseen. Die Schweiz exportiert gut 50 Milliarden m<sup>3</sup> Wasser ins Ausland. Die Trinkwasserversorgung der Schweizer Bevölkerung (zu 83 Prozent aus Grundwasser, zu 17 Prozent aus Seen) umfasst jährlich das Volumen des Bielersees, oder anders gesagt, die Wasseranlagen pumpen für jede Bürgerin und jeden Bürger 400 Liter pro Tag, 1 m<sup>3</sup> Wasser kostet bei

uns nur Fr. 1.50 (soviel wie zwei Flaschen Mineralwasser). A propos Mineralwasser: Die Schweiz verfügt über 477 Thermal- und Mineralquellen (527 Millionen Mineralwasserflaschen werden pro Jahr abgefüllt, 106 Liter pro Schweizer Bürger und Bürgerin).

### Ist der Umgang mit Wasser für uns eine Selbstverständlichkeit?

Bedenkt man, dass unser Süswasservorkommen 6 Prozent des weltweiten Vorkommens umfasst (während jährlich vier Millionen Menschen an Wassermangel sterben, gut ein Siebtel der Weltbevölkerung keinen genügenden Zugang zu sauberem Wasser hat), ist, die Schweiz mit Wasser mehr als gut bestellt. Und wir wussten es gut zu nutzen, fast zu sorglos in gewissen Perioden. Deshalb braucht es AQUA VIVA.

Unser Dachverband startete mit der Abwehr der Lastschiffahrt auf unsern Flüssen und mit Tätigkeiten in andern Bereichen des Gewässerschutzes, der heute gut geregelt ist (95 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen sind an eine Kläranlage angeschlossen, eine weltweite Spitzenposition). Bald kamen Auseinandersetzungen mit Wasserkraftwerken dazu. Dass 507 Wasserkraftwerke, wel-

che 58 Prozent der Energieversorgung bestreiten (zur Hälfte aus Flusskraftwerken, zur Hälfte aus Stauseen), eine weitsichtige Energiepolitik waren, ist nicht zu bestreiten. Damit einher gingen allerdings grosse Eingriffe in Natur und Landschaft, in Fauna und Flora.

AQUA VIVA engagierte sich im Interesse der aquatischen Lebensgemeinschaften gegen weitere übermässige Eingriffe in Natur und Landschaft. Mit Hilfe von Vernehmlassungen, Einsprachen und nötigenfalls auch von Beschwerden konnte AQUA VIVA manche weitere Zerstörung verhindern und im günstigsten Fall sogar Renaturierungs- oder sonstige Aufwertungsmassnahmen durchsetzen.

Neueren Datums sind die Verkehrsprobleme auf Flüssen und Seen. Die rund 60'000 Motorboote und 35'000 Segelboote geben zu mehr Besorgnis Anlass als die Transporte von 11 Millionen Personen und 12 Millionen Tonnen Güter durch die Schifffahrtslinien. Mehr und mehr sind wir konfrontiert mit weitgehend hausgemachten Naturkatastrophen und Überschwemmungen. Es gilt auch hier, einer falschen oder übertriebenen «Schutzbetonitis» entgegenzutreten.

### AQUA VIVA bleibt am Ball!

Im Geschäftsjahr setzten sich die Vorstandsmitglieder und die Sekretärin weiterhin intensiv gegen unökologische Wasserkraftwerkprojekte ein, sei das in Wynau, Rheinfeldern oder Ryburg-Schwörstadt. Ein besonderes Augenmerk schenken wir den Grimselwerken der KWO und der dortigen Moorlandschaft; AQUA VIVA sprach in dieser Angelegenheit sogar bei Bundesrat Moritz Leuenberger vor und intensivierte ihre Kontakte zum BUWAL. Parallel dazu wurde die Problematik der Kleinstkraftwerke aufgegriffen, die unsern kleinen Fliessgewässern unverhältnismässig viel Schaden zufügen, da sich wirksame Massnahmen zugunsten der Fische und anderer Wasserlebewesen schlechthin nicht rentieren. Ein weiteres neues Thema bilden die Seeregulierungen, die vor allem zu einer Belastung der Uferbereiche führen können. Die AQUA VIVA setzt jedoch nicht nur auf Opposition. Gemeinsam mit den betroffenen Fischereiverbänden hat sie sich zudem für die Reduktion der IRIS-Boote an der Expo.02 eingesetzt. Sie hat damit nicht nur zur Verminderung der Luft-, Lärm- und Gewässerbelastung, sondern auch zur Reduktion des Defizites beigetragen.

Aus dem Jahresbericht der AQUA VIVA (leicht gekürzt)



## 1.-August-Feier 2003 der Schweizer Demokraten

Herzlich willkommen im  
gastfreundlichen Sarganserland

Wir Schweizer Demokraten der Sektion St. Gallen haben die Ehre, Sie zur 1.-August-Feier 2003 nach Flums einzuladen. Sie werden eine reizvolle Gegend unserer Heimat kennen lernen. Wir freuen uns auf viele Gäste aus nah und fern.

### Das Festprogramm

10.30 Uhr – 11.00 Uhr	Eintreffen der Gäste im Hotel Gräpplang, 8890 Flums, Tel. 081 733 12 62
<b>11.00 Uhr</b>	<b>Musikalischer Auftakt</b> mit der Kapelle «Echo vom Aulina-Chopf», Flumserberg. Begrüssung durch Roland Uhler, Präsident der Sektion St. Gallen. Mitteilungen – Vorstellen der Gegend und der Ruine Gräpplang. «Rufst du mein Vaterland», gemeinsamer Gesang
11.45 Uhr	Kurzzusammenfassung von Dr. Dragan Najman der Broschüre «Die zehn Todsünden der Bergier-Kommission»
12.00 Uhr	Ansprache von SD-Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess, Bern
12.30 Uhr – 13.45 Uhr	Gemeinsames Mittagessen
<b>14.00 Uhr</b>	<b>Ansprache von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, Frenkendorf</b> «Trittst im Morgenrot daher», gemeinsamer Gesang
15.00 Uhr	Schlusswort
15.10 Uhr	Besuch der Burgruine Gräpplang (direkt neben dem Hotel)
15.50 Uhr	Schluss der Veranstaltung 1. Zugsabfahrten: 16.25 Uhr Richtung Ziegelbrücke 16.27 Uhr Richtung Sargans



**Anreise:** Flums ist über die Autobahn A 3 Ausfahrt Flums sehr gut zu erreichen. Dann Richtung Flumserberg weiterfahren bis unmittelbar vor Cafe Stähli, dann rechts, die SD-Wegweiser beachten! Ab Autobahn-Ausfahrt ca. 1,5 km bis Hotel. Genügend Parkplätze für PW und Car beim Hotel.  
Bahnreisende haben gute Zugverbindungen ab Zürich-Pfäffikon SZ-Ziegelbrücke und Sargans.  
Zugankunft in Flums von Ziegelbrücke: 10.33 Uhr – von Sargans: 10.25 Uhr  
Die Bahnreisenden werden von uns mit Autos am Bahnhof Flums abgeholt und zur Rückreise hingebracht.

**Mittagessen:** **Es stehen 3 Menüs zur Auswahl:**  
 1. Riz Casimir mit Geflügelfleisch, Reis mit Früchten, inkl. Suppe und Salat Fr. 16.50  
 2. Rindsgulasch mit hausgemachten Spätzli, Bohnen, inkl. Suppe und Salat Fr. 19.50  
 3. Gemüseteller, inkl. Suppe und Salat Fr. 18.50

### Anmeldetalon

Bitte ausschneiden und sofort oder bis spätestens **24. Juli 2003** einsenden an:  
**Schweizer Demokraten, Sektion St. Gallen, Postfach 36, 9003 St. Gallen** (Tel. 079 639 06 07)

Menü 1 :	Riz Casimir	Fr. 16.50	Anzahl: _____	/ Ich/wir kommen mit:	(bitte mit X bezeichnen!)
Menü 2 :	Rindsgulasch	Fr. 19.50	Anzahl: _____	/	PW
Menü 3 :	Gemüseteller	Fr. 18.50	Anzahl: _____	/	Car
					Bahn

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ Tel. Nr. \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Eidgenössische Volksinitiative

## Volkssouveränität statt Behördenpropaganda



Fritz Stalder,  
e. Nationalrat,  
Thun

Es wird immer augenfälliger, dass sich der Bundesrat Rechte anmassiert, die er laut Bundesverfassung nicht besitzt. Da gibt es eindeutige Fakten, die dies eindeutig bestätigen. Einige Beispiele:

– BEITRITTSGESUCH ZUR EU-MITGLIEDSCHAFT. Obwohl er vom Volk dieses Gesuch zu stellen den Auftrag nie erhielt, weigert er sich, dieses zurückzuziehen, dazu gibt es mehrere unterzeichnete Abkommen für militärische Zusammenarbeit mit der «NATO», z.B. Austausch der Benützung von Übungsplätzen für militärische Ausbildung auf gegenseitiger Basis mit der NATO: (Pilotenausbildung, Ausbildung der Artillerie auf Gebirgs-Schiessplätzen).

– PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN, also für militärische Zusammenarbeit mit der NATO, weil die Schweiz sich angeblich nicht mehr eigenständig verteidigen kann.

– DIE UNO-GESETZE: AGENDA XXI unterzeichnet an der Umweltschutzkonferenz 1992 in RIO durch Bundesrat Flavio Cotti. Mit dem Beitritt zur UNO wurden diese wichtigen Gesetze sanktioniert, obwohl das Volk in der grossen Mehrheit über deren Bedeutung keine Kenntnisse hatte. Diese sind der direkte Wegbereiter für die Errichtung eines UNO-Welt-Einheitsstaates.

Besorgte freiheitsbewusste Bürgerinnen und Bürger mit bürgerlich ausgerichteten politischen Überzeugungen schlossen sich zum Initiativkomitee:

### Bürger für Bürger

zusammen mit der Absicht, die Bestrebungen des Bundesrates mit dem Start der VOLKS-INITIATIVE «VOLKSSOUVERÄNITÄT STATT BEHÖRDENPROPAGANDA» zu durchkreuzen, weil: Der Bundesrat missachtet den Aufbau der demokratisch organisierten Regierungsform der Schweiz, d.h. er hält sich nicht an die Dreiteilung des Aufbaus der Staatsmacht der Eidgenossenschaft, die da heisst: 1. LEGISLATIVE 2. EXEKUTIVE 3. JUDIKATIVE. Diese drei Pfeiler haben sich über Jahrhunderte herausgebildet und

bewährt. Demnach besitzen diese auch heute in der neuen Bundesverfassung ihre volle Gültigkeit.

Mit der vorliegenden Volksinitiative «DER ERWEITERUNG VON ARTIKEL 34. ZIFFER DREI UND VIER» wird der Bundesrat aufgefordert, sich wieder strikte an die Bestimmungen der Bundesverfassung zu halten und diese zu respektieren.

Diese Initiative ist für den Weiterbestand einer freien Schweiz zur absoluten Notwendigkeit avanciert! In einem modernen Staat, der auf der Souveränität des Volkes beruht, ist sie ein unerlässliches Korrektiv, das nicht ohne schwerwiegende Folgen aufgegeben werden darf. Die Abstimmung über die bilateralen Verträge mit der EU sowie Armee 21 und das Zivilschutzgesetz hätte ohne massive Behördenpropaganda im freien Spiel der demokratischen Kräfte kaum eine Chance gehabt angenommen zu werden.

Ohne dazu berechtigt zu sein betreibt der Bundesrat im Vorfeld der Abstimmungen, notabene mit Bundesfinanzen, mit Farbprospekten, Kassetten, Mustervorträgen, mit massierten persönlichen Auftritten an Radio, Fernsehen und Veranstaltungen, einen Aufwand, den sich keine politische Partei nur annähernd zu leisten vermag. Dazu kommen noch die Absprachen mit Vertretern von Wirtschaft, Religion und Politik. Auch der gegebene Autoritätsvorsprung ist hier zu erwähnen.

Dieses Verhalten des Bundesrates beweist im Vorfeld der Abstimmungen, dass er eindeutig Verfassungsbruch begeht. Solch krasse Übertretungen von Artikel 34 dürfen nicht geduldet werden und gehören mit der vorliegenden Initiative gründlich korrigiert. Mit diesem Verhalten vertritt der Bundesrat nicht mehr das ganze Volk. Er verliert seine Legitimation als Regierung.

Ebenso deutlich missachtet der Bundesrat die durch das Bundesgericht langjährig gebildete Praxis, wonach die freie Willensbildung der Kantonsbürger vor der Beeinflussung durch Kantonsregierung und -verwaltung im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen geschützt werden muss.

### Zielsetzung der Verfassungsänderung: 3a

Eine Beschränkung der Macht von Bundesrat und -verwaltung dank der Wahrung der Volksrechte ist darum besonders wichtig, weil die Kompetenz des Bundesrates durch den Ausbau des Leistungsstaates

und durch zahlreiche aussenpolitischen Verträge gewaltig vermehrt worden ist. **Der Bundesrat hat als Exekutivbehörde die Pflicht an den Beratungen im Parlament teilzunehmen, für Auskünfte und Erklärungen zur Verfügung zu stehen, die Beschlüsse der Räte zur Ausführung zu bringen, die beschlossenen Gesetze vor die Volkabstimmung zu bringen, mit einer Botschaft (Abstimmungsbüchli) in ausgewogener Form darzustellen und den Abstimmungstermin zu bestimmen. Anschliessend hat er sich nur einmal dazu zu äussern. Der eigentliche Meinungsbildungsprozess ist die Aufgabe der politischen Parteien und den involvierten Verbänden vorbehalten, nicht der Exekutivbehörde.**

Übrigens beeinflusst der Bundesrat die Verfahren der Verfassungsänderungen und Gesetzgebung bereits ganz erheblich durch zahlreiche Gesetzesvorschläge. Und diese Beeinflussung erfolgt um so leichter, als dem Bundesrat heute mehr als 30 000 Bundesbeamte, Diplomaten und mehr als 430 Informationsbeauftragte sowie indirekt mehr als 100 000 Angestellte in Nebenbetrieben des Bundes unterstellt sind. Er zieht aussenstehende Experten bei. Auch sorgt er mit Hilfe von PR-Beauftragten, dass seine Auffassungen dem Volk rasch einleuchten. Schliesslich verfügt er über ein Budget von jährlich über 50 Milliarden Franken.

### 3b

In letzter Zeit hat der Bundesrat im sogenannten Bundesbüchli die

Vorlagen auffällig ungleich gewichtet. Er hat jedoch die Pflicht, die befürwortenden und ablehnenden Argumente ausgewogen und ohne Rücksicht auf seine eigene Überzeugung darzustellen. Darauf muss das Volk zählen können.

### 3c und d

Wer eine echte Beratung aller Standpunkte im Volk und nicht eine Kommandodemokratie befürworten will, muss für die öffentliche Diskussion die nötigen Unterlagen und genügend Zeit zur Verfügung stellen.

### 4

Da aber den Zuwiderhandlungen nur mit Hilfe von Sanktionen wirkungsvoll begegnet werden kann, soll das Gesetz die Sanktionen regeln. Erlässt das Parlament dieses Gesetz nicht, stehen dem Volk Initiative oder Referendum zur Verfügung.

Auf diese Weise wird die echte direkte Demokratie geschützt, deren Umwandlung in eine geführte, durch den Bundesrat indoktrinierte Staatsform verhindert. Weitere wichtige Informationen sind auf dem beiliegenden Unterschriftenbogen zu finden.

**Die direkt-demokratische Staatsform der Schweiz ist topmodern, ist kein Luxus und mit Sicherheit erhaltenswürdig!**

Dieser Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen bei. Wir bitten Sie, dieses äusserst wichtige Volksbegehren zu unterzeichnen. Vielen Dank.

## Neues Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch unwirksam?

Obschon seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über den Schwangerschaftsabbruch kaum neun Monate vergangen sind, also kaum die Dauer einer Schwangerschaft, geistern in den Medien bereits Meldungen herum, das neue Gesetz habe keinen Einfluss auf häufigere Schwangerschaftsabbrüche oder Abtreibungen. Dabei gibt es in der Schweiz keine genauen Statistiken über Schwangerschaftsabbrüche. Hingegen gibt es sehr wohl solche über Geburten, und die nehmen bekanntlich kontinuierlich ab. Dieser Tatbestand beweist bereits den Tendenzcharakter der oben erwähnten Meldungen.

Die grossen politischen Parteien

und Medien haben den Geburtenschwund in der Schweiz erfolgreich unter dem Teppich gehalten, so lange die von ihnen gewünschte Revision des Gesetzes über Schwangerschaftsabbrüche und Abtreibungen noch nicht über die Bühne gegangen war, weil sie zu Recht befürchteten, die Menatilität in der Schweiz wäre ein zugkräftiges Argument, das Gesetz nicht zu revidieren. Jetzt, da die Sache gelaufen ist, kommen sie plötzlich mit dem Alarmruf wegen zu wenig Geburten. Dabei dauert die ungünstige Entwicklung nun schon mehrere Jahrzehnte. Ist das eine ehrliche Politik?

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

# George W. Bush – Imperator mundi!

Motto: Die schlimmste Art von Ungerechtigkeit ist die vorgespilte Gerechtigkeit!

Es ist offensichtlich, G.W. Bush spielt seine Rolle – nein, nicht überzeugend, aber mit Begeisterung. Man denke nur an seine jüngsten Auftritte als Pilot auf dem Schlachtschiff, als göttergleich herabsegelnder Übermensch zum G8-Gipfel, als Friedensbringer (?) im Nahen Osten. Dabei verdankt er die Rolle weder seiner Begabung, noch seinen bisherigen Leistungen. Er war einfach im richtigen Zeitpunkt, in der richtigen Partei, mit dem richtigen Vater und reichlich Vitamin B versehen, gerade im richtigen Alter und genügend manipulierbar, um als Galionsfigur einer Weltmacht aufgebaut zu werden, die seit Jahrzehnten mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen, militärischen und geheimdienstlichen Macht ein Vasallenreich entwickelt.

Dabei hat er selbst offenbar ebenso wenig Skrupeln, sein eigenes Volk zu manipulieren und andere Völker mit vollmundigen Versprechen zu täuschen, wie die Hintermänner aus dem Bilderberger-Klub, der Trilateralen Kommission und dem New Yorker Council on Foreign Relations. Typisch die Zusammensetzung seiner Regierungsmannschaft mit Spitzenleuten der Grossbanken und Ölkonzernen.

## Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lässt verstehen, was uns Mr. Bush heute vorführt

Vorerst plante und provozierte das britische Imperium einen europäischen Krieg, um seine eigene Stellung als Weltmacht zu retten. In seinem «great game» ging es nicht nur darum, den aufsteigenden industriellen Rivalen Deutschland aus dem Feld zu schlagen. Man wollte sich durch Eroberungen und territoriale Neuordnung nach dem Krieg vor allem die uneingeschränkte Kontrolle über die wichtigsten Lagerstätten des strategischen Rohstoffes der Zukunft, des Erdöls, sichern.

Mit der Gründung des Völkerbundes bei den Versailler Friedensverhandlungen 1919 verwirklichte Grossbritannien die von ihm angestrebte neue Weltordnung, die den Bestand des britischen Imperiums unter den neuen weltpolitischen Gegebenheiten auf Dauer sichern sollte. Der Völkerbund lieferte, ähnlich wie heute die UNO der USA, eine Fassade internationaler Legitimität, hinter der sich die nackten, imperialistischen Tendenzen Geltung verschaffen konnten. Dann kam das verhängnisvolle

«Projekt Hitler», das als Antwort auf das finanzielle Desaster im Gefolge des 1. Weltkrieges, resp. des Versailler Vertrages von den Mächtigen der britisch-amerikanischen Hochfinanz lanciert wurde. Montagu Norman, der Gouverneur der Bank von England, plante mit einem kleinen Kreis des britischen Establishments, die politische Dynamik in Zentraleuropa tiefgreifend zu verändern; was ja dann auch gründlich gelang.

50 Millionen Tote säumten den Weg der Umsetzung des Planes, der England und die USA gemeinsam zum neuen «Imperium Romanum» werden lassen sollte.

Unterwegs ging auch noch das auf der Golddeckung basierte Weltwährungssystem zu Grunde. Dieses hatte Stabilität und eine solide Wirtschaftspolitik erzwungen, was den Grossen der Welt gar nicht passte. Es wurde abgelöst durch die Euro-Dollar-Spekulations-Methodik und die künstlich herbeigeführte Ölpreis-Explosion. Das Ergebnis war und ist für Entwicklungsländer und den Mittelstand der Industrieländer verheerend.

Schon vorher sank das britische Imperium zu einem getreuen Vasallen Washingtons (oder besser der «Wall Street») ab. Dieser Zustand wird zur Zeit im Rahmen der Irak-Krise einmal mehr vorgeführt. Die gegenwärtige Entwicklung ist auch durch den Untergang des Sowjet-Reiches bestimmt. Dieses war lange Zeit der Bremsklotz auf dem Wege zum mondialen US-Imperium, das vor allem auf der weltweiten Kontrolle aller Ölvorkommen basieren sollte.

Das «great game», wie es gegenwärtig im Balkan und im Nahen Osten von den Amerikanern offen gespielt wird, soll die Realisierung des Imperiums mondiale kräftig voranbringen.

## Was Bush seinem Volk und der Welt erzählt – storielle!

Der 11. September 2001 – mit dem Anschlag auf die Towers in New York lieferte G.W. Bush die hervorragende Gelegenheit, einen neuen «30-jährigen» Krieg vom Zaun zu reissen. Alles was sich seither abspielt, lässt den Verdacht immer glaubwürdiger erscheinen, dass mit Hilfe der Geheimdienste der Vorwand geschaffen wurde, um das amerikanische Volk kriegswillig zu trimmen, die UNO zu bagatellisieren und die übrigen Völker in willige Vasallen, widerspenstige, böse Buben und in Schurken-Staaten



einzuteilen. Man beachte wie z.B. gegenwärtig die Atommacht USA auf dem Iran herumhackt, weil seine Regierung angeblich Atomwaffen entwickeln wolle. Gleichzeitig wird sichtbar, wie die Wühlarbeit der amerikanischen Geheimdienste die Gesellschaft zu destabilisieren sucht. Jetzt muss eben der nächste Kriegsvorwand geschaffen werden; so wie mit den fiktiven Massenvernichtungswaffen im Irak vor einem halben Jahr.

Wenn Bush sagt, die USA seien Ziel des Terrorismus, weil sie die Demokratie, die Freiheit und die Menschenrechte in der Welt verteidigen, ist das absurd und wird durch das aktuelle Verhalten der USA laufend Lügen gestraft.

Die USA sind Ziel des Terrors, weil deren Regierung in den meisten Teilen der Welt die Diktatur, die Sklaverei und die Ausbeutung der Menschen verteidigt hat. Sie werden gehasst, weil sie Hassenswertes getan haben. In vielen Ländern haben Agenten der US-Regierung vom Volke gewählte Politiker abgesetzt und durch Militärdiktaturen ersetzt. Marionetten, die bereit waren, ihr eigenes Volk an die nordamerikanischen Multis zu verkaufen. So passierte es im Iran, in Chile, im Irak, in Vietnam, in Nicaragua und anderswo. In allen diesen Ländern hat die US Regierung die Demokratie behindert, die Menschenrechte missachtet und die wirtschaftlichen Interessen dieser Völker für eigene Zwecke geschädigt. Deshalb werden die USA gehasst und sind heute das Ziel von Terroristen.

Die Neuaufteilung der Welt ist in vollem Gange. G.W. Bush, der angeblich so gottesfürchtige, kennt in Wahrheit nur einen Gott. Dieser grinst wie Mc Donalds Clown, trägt eine Cruise Missile von Lockheed Martin und ist eigentlich eine gi-

gantische Ente – mit leuchtenden Dollarzeichen in den Augen. Heute Irak, morgen Iran, Syrien, Saudi-Arabien, Nordkorea und übermorgen schweben die Bomben im Orbit, jederzeit bereit, US-amerikanische Interessen weltweit militärisch durchzusetzen. Es geht um die weltweite Macht, die Verfügungsgewalt über die Öl- und anderen Rohstoffvorräte dieser Erde. Ja, die USA werden gehasst, weil sie das «great game» unbekümmert um den Willen, die Kulturen und die Interessen der Völker zur Vermehrung des eigenen Reichtums (resp. zur Abdeckung der eigenen Misswirtschaft mit irrsinniger jährlicher Neuverschuldung) spielen.

Und zudem – unbekümmert um die schwindenden Rohstoffe, die steigende Umweltbelastung mit den Klima-Veränderungen verkündet der grosse Imperator Bush: «Niemand hat uns vorzuschreiben, wie wir zu leben haben!» Und das gefällt dem kleinen Jonny, der zwar ein quasi Halbanalphabet ist, unter der Armutsgrenze lebt, aber eine unendlich grosse Meinung über sein Amerika hat.

Und ist durch die reine Kriegspropaganda, die in Hollywood im Filmstudio Kriegsverbrechen der bösen Gegner konstruiert, aus einer verunglückten Soldatin eine Kriegsheldin fabriziert, mit angeblich drohenden Anschlägen mit Massenvernichtungsmitteln leicht zum Verzicht auf die demokratischen Rechte zu bewegen. So bewegt sich das freiheitliche Amerika mit Riesenschritten in den Orwell'schen Überwachungsstaat.

## Und zum Schluss Schlaglichter im Zusammenhang mit dem Irak

Wie heute allgemein bekannt ist, haben die USA im Irak zwar den



Kanton Aargau



## Lindenpflanzung der SD-Fricktal in Wallbach










Zur Erinnerung an die Gründung der SD-Sektion Fricktal vom 11. April

Kürzlich konnte der Präsident der SD-Fricktal, Marcel Kim, Wallbach, Parteimitglieder und Sympathisanten zur Pflanzung einer Winterlinde (*Tilia cordata*) in Wallbach begrüßen. In einem Kurzreferat ging Marcel Kim auf die Be-

weggründe für eine Baumpflanzung ein. Eine Linde für unser zukünftiges politisches Vorhaben zu wählen, lag für den Sektionsvorstand ohne Zweifel sehr nahe. Da die SD-Fricktal die beiden Bezirke Laufenburg und Rheinfelden umfasst, und die zwei Bezirke auch historisch zusammengehören, vereinigt die Linde wie kein anderer Baum symbolisch das Fricktal, welches sich vor allem im Wappen ausdrückt und das Lindenblatt zierte. Die Linde – so Marcel Kim

*Fortsetzung Seite 9*

# Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
	SD Schweiz	SD-1.-August-Feier in Flums. (vgl. Seite 5)
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (ausser Juli/August) im Restaurant Brunnenhof, Landorfstr. 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Informationen: <a href="http://www.infowil.ch/sd-wil">www.infowil.ch/sd-wil</a> Im Juli kein Stamm, dafür 1.-August-Feier in Flums. Nächster Stamm am 27. August, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden
Ob-/Nidwalden 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikerstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Seestern in Niederuster Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich



Schwyz

## Die SD-Kantonalsektionen Schwyz und Glarus möchten wieder aktiv werden

Daher suchen wir noch weitere Personen, welche bereit sind in der Führung mitzumachen. Gerne möchten wir Sie mit diesem Inserat Anfragen, ob Sie bereit dazu wären.

Gesucht werden vor allem Personen aus den oben erwähnten Kantonen oder aus angrenzenden Gebieten, in welchen selber noch keine Sektion vorhanden ist.

Falls auch Sie der heutigen politischen und wirtschaftlichen Situation nicht mehr tatenlos zusehen möchten, kontaktieren Sie uns doch einfach.

**Schweizer Demokraten SZ und GL Postfach 377, 8853 Lachen SZ**

Partelefon: 055 420 46 33

E-Mail: [info@sd-sz.ch](mailto:info@sd-sz.ch)

Über jede Antwort sind wir sehr erfreut. Mit schweizerischen Grüssen

*Jörg Zollinger*

Verwenden Sie diesen Kleber auf Ihrer Post!

"Das freie Wort"



36 Kleber  
(1 A4-Bogen)  
kosten Fr. 2.–.  
Mindestbetrag von  
Fr. 10.–  
einsenden an:

SD Thurgau  
Postfach 656  
8501 Frauenfeld



Fortsetzung von Seite 8

weiter – hat auch eine lange historische Tradition. Früher war die Linde praktisch in jedem Dorf zu finden, denn sie war der klassische Dorfbaum. Unter ihr wurde Gericht gehalten und Recht gesprochen. Weiter sollte sie die Menschen auch vor Unrecht schützen. So hat zum Beispiel die Gemeinde Schupfart bis zum heutigen Zeitpunkt das Kantonswappen des Fricktals als Gemeindewappen beibehalten. Dadurch lebt bis in die heutige Zeit ein Stück Kanton Fricktal offiziell weiter. Die Fricktalerinnen und Fricktaler identifizieren sich bis heute, 200 Jahre nach dem kurzen Bestehen des Kantons Aargau, immer noch mit dem Lindenblatt als Ausdruck der besonderen Vergangenheit der Region Fricktal. Es ist nicht nur ir-



**SD-Fricktal Präsident Marcel Kim, Wallbach, bei seinem Kurzreferat über die Lindenpflanzung** (Foto R. K.)

gend ein Baum, den die SD Fricktal heute pflanzen. Für das ganze Fricktal hat der Lindenbaum eine grosse Bedeutung – so steht er nun in Wallbach für unsere SD-Sektion Fricktal als Wahrzeichen.

*SD des Kantons Aargau,  
René Kunz, Kantonalpräsident*

## SD CH: Mehr junge Mitglieder

**Die Schweizer Demokraten SD führten ihre schweizerische Delegiertenversammlung im Parkhotel «Mattenhof» in Matten bei Interlaken durch.**

Die Begrüssung durch den Präsidenten der SD Berner Oberland, a. Stadt- und Grossrat René Liechti aus Isenfluh, stand unter dem Motto: Wir Schweizer Demokraten sind verpflichtet, für unser Volk und Land einzustehen. Wer denn sonst?

Die Begrüssungsworte von Gemeindepräsident Andreas Grossniklaus, welcher die Gemeinde Matten den 87 Delegierten aus der ganzen Schweiz in hervorragender Weise vorstellte, wurden mit grossem Applaus verdankt.

Durch die Traktanden der Delegiertenversammlung führte der Zentralpräsident und Landrat Rudolf Keller aus Basel. Der Jahresbericht des Präsidenten «zur Lage der Nation» zeigte die wachsende Zahl der Parteimitglieder, wobei insbesondere die jungen Leute sehr zulegten. Nennenswert ist dabei auch die Zunahme der weiblichen Mitglieder, welche, auf der Suche nach Beständigkeit und Heimat in der Zukunft, sich für ihre Familien einsetzen. Ferner wurde aufgezeigt, wie die grossen Regierungsparteien die Bevölkerung systematisch durch die Medien, insbesondere vor Abstimmungen, manipulieren und zu Fehlhandlungen verleiten. Wie sonst ist es möglich, dass das Volk einer Bundesverfassung zustimmt, die in keiner Weise einem freien Volk

würdig ist? Oder einem Antirassismusetz zustimmt, das eine freie Meinungsbildung und Aussage verhindert? Oder auch zu einem Krankenversicherungsgesetz ja sagt, obschon es weiss, dass die Krankenkassen-Prämien dadurch in utopische Höhen steigen?

Die Lage der Nation Schweiz ist in allen Bereichen, ob wirtschaftlich, finanziell oder sozial, mehr als schlimm.

Die grossen Parteien sind nicht mehr Willens oder in der Lage, zum Wohle des Volkes zu handeln sondern dienen lediglich dem Lobbyismus und den Verwaltungsratsmandaten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich Personen aus allen Schichten vermehrt den zuverlässigen Schweizer Demokraten zuwenden.

Der Kassenbericht des Zentralkassiers zeigte eine erfreuliche Ausgeglichenheit. Wir sind eine der wenigen Parteien in der Schweiz, die ohne Schulden dastehen.

Wahlen, hauptsächlich Wiederwahlen, verursachten keine nennenswerten Diskussionen.

Das Tätigkeitsprogramm war ausschliesslich auf die Nationalratswahlen im Herbst 2003 ausgerichtet. Für die Details sind die Wahlausschüsse in den einzelnen Kantonen zuständig.

Den Ausklang der schweizerischen Delegiertenversammlung verschönerte mit heimatlichen Klängen das Trio Lombach aus Unterseen und die Familie Zobrist aus Brienz.

*René Liechti,  
a. Stadtrat/Grossrat, Isenfluh*



### Kanton Bern



Einbürgerungen in Schwarzenburg

## Schweizer – wo ist euer Mut geblieben?

Im schönen Städtchen Schwarzenburg BE fand am 23. Juni eine Gemeindebürgerversammlung statt. Unter anderem waren auch Einbürgerungsgesuche von acht Personen plus einer Familie, von der die Versammlung nicht wusste, wie viele Mitglieder sie hat, traktandiert. Die Namensliste der Einbürgerungswilligen liest sich wie das Telefonbuch von Colombo!

In Schwarzenburg wird an der Gemeindeversammlung noch durch Handaufheben abgestimmt. Mein Bekannter, der mir die Geschichte erzählt hat, votierte offen für eine Ablehnung aller Gesuche. Es genügt nicht, wenn einfach davon geredet werde, dass diese Leute schon lange hier lebten, obwohl sie immer noch nicht richtig Deutsch können. Ausserdem wolle er später z. H. des Gemeinderates einen Vorstoss einreichen, der verlangt, dass Einbürgerungswillige schriftlich begründen müssten, weswegen sie eingebürgert werden wollen. Er höre immer wieder, dass es lediglich um mehr Rechte gehe oder auch darum, zwei Pässe zu haben oder schlicht und einfach um die Vorzüge eines Gemeindebürgers. Kaum je gehe es um die Zugehörigkeit zur Gemeinde und um das Wohl der Mitbürger, wozu bekanntlich auch Pflichten gehören.

Aus dem linken Lager folgte natürlich postwendend ein Lamento. Ausser diesem war aber auch zustimmendes Gemurmel zu vernehmen. Die Überraschung folgte bei der Abstimmung durch Handaufheben. Knapp die Hälfte der Anwesenden stimmte dafür. Für das Gegenwehr aber kam nicht eine einzige Reaktion! Keine Hand erhob sich! Mehr als die Hälfte der Gegenstimmen hätten die Einbürgerungen verhindern können. Aber es fehlte der Mut! Wahrscheinlich wäre in einer stillen Abstimmung die Sache anders gelaufen.

Man kann sich nun fragen: bringt die offene Abstimmung per Handaufheben bei Einbürgerungen überhaupt noch ein Resultat zum Wohle der Gemeinde, wenn sich über die Hälfte nicht getraut, öffentlich zur eigenen Meinung zu stehen? Wäre es nicht viel gescheiter, man würde für Einbürgerungen zur stillen Abstimmung übergehen? Sicher ist dies ohne mehr Mut und Zivilcourage der echten Schweizerinnen und Schweizer, lässt sich die Zahl der Einbürgerungen, und somit das Zurückdrängen der Ureinwohner schweizweit, nicht eindämmen. Angstmachen und einschüchtern verfälschen so manches Resultat. So geht das doch nicht weiter! *Anita Nideröst*



### Kanton St. Gallen



## SD-Hauptversammlung St. Gallen-Rheintal vom 3. Mai 2003

Bevor wir nach dem Essen um 18 Uhr die ordentliche HV abhalten, springt uns just Zentralpräsident Rudolf Keller als Gastreferent in die Bresche des verhinderten Kantonsrats Rolf Boder. Gespannt horchen Mitglieder und Vorstand den Besorgnis erregenden SVP-Fällen der letzten Jahre. Unter dem Titel «Das falsche Spiel mit der SVP» kann Rudolf Keller eine beachtliche Menge falsche Schachzüge und Saubermänner dieser Partei ausmachen. Es kann ja immer wieder mal vorkommen, dass ein Politiker nicht den besten Ruf, sprich Leumund hat und über etwas Peinliches stolpert, aber das Sündenre-

gister der SVP setzt sich in seiner Rede datiert Fall für Fall unaufhaltsam und munter fort. Es sind so viele und grobe Verstösse, hätte sie der Referent wirklich alle aufzählen wollen, hätte er bestimmt seinen Nachhausezug nicht mehr erwischt. Unmissverständlich ist rauszuhören, dass die so bauernbürgerfreundliche SVP dem Volke das vorgibt, was es gerne hört, in Wirklichkeit aber im Parlament den Besen kehrt und auch mit allen andern stimmt, was Volk und Heimat schadet. Es wäre in diesem Lande noch manches anders ge-

Fortsetzung Seite 10

SD-HV St. Gallen-Rheintal  
Fortsetzung von Seite 9

kommen, wenn von der SVP auch wirklich umgesetzt worden wäre was immer dem Vorfeld lauthals gegen andere Parteien angekündigt worden wäre. Und ehrlich gemeinte harte Arbeit der SD haben



Vorstand SD (Foto Fränzi Buob)

sie über Jahre gebodigt und offensichtlich abgewürgt, um selbst plötzlich wieder dazustehen wie der Phönix aus der Asche... so nach dem Motto: «Wir und alle andern». Keller unterlässt aber am Rande auch nicht, dass die SVP mitunter auch schon positive Signale hinterlassen hat. Trotzdem zeigt die so scheinheilige Volkspartei eben zwei Gesichter.

#### Hauptversammlung

Der neugewählte Aktuar Paul Buob verliest das letzte Jahresprotokoll unserer treuen, langjährigen Aktuarin Evelin Küffer, das einstimmig verdankt und genehmigt wird.

sehr und begründen wie folgt: Wenn das Volk nicht mehr Nein sagen kann und darf, wozu denn überhaupt noch das Volk fragen? Die regierungsrätliche Begründung, niemand hätte Einwände gegen diesen Mann vorgebracht ist fadenscheinig. Wer wagt es heute schon, auch nur die nackte Wahrheit aufzulisten? Würde ein Votant nicht automatisch als extrem rassistisch und ausländerhasserische gescholten und geächtet? Was müsste ein Bürger von einer parteiischen Presselandschaft erwarten? Und wie stünde es mit Repressalien von vielen, gar nicht zimperlich agierenden Ausländergruppen in unserem Lande. Die ganze Fa-

milie müsste Angst haben, das steht fest! Haben wir nicht eine bedenkliche Entwicklung erreicht? Nun kommen aber noch ganz andere Aspekte: Wenn Herr RR Graf-Schelling Volksentscheide einfach ungültig erklärt, muss sich doch gar niemand wundern, wenn immer weniger Menschen an solche Gemeindeversammlungen kommen. Wozu soll denn der Bürger abstimmen, wenn nachher doch gemacht wird, was den feinen Herren und den Regierungsparteien in den Kram passt! Da ist doch jedes Bedauern über eine mehr als 60 prozentige Stimm-Abstinenz reine Heuchlerei!

SD Thurgau, Kant. Parteileitung

## Die SD feierten auf dem Wahrzeichen der Stadt Wil

**Die Sektion Wil und Umgebung der Schweizer Demokraten veranstaltete kürzlich bei schönstem Wetter und entsprechend herrlichster Aussicht auf dem Silo Wil eine Grillparty mit volkstümlicher Musik. Es wurde ein Anlass mit Einblick ins landwirtschaftliche Gewerbe.**

(Einges.) Es zeigte sich, dass Hans Wohlwend, Präsident der Sektion, als ehemaliger Getreidehändler über den Betrieb des Wiler Silos noch sehr gut Bescheid weiss. Wohlwend erklärte, dass der Silo 1958 erbaut wurde und ein Fassungsvermögen von 18000 Tonnen aufweist. Anfänglich wurde der Bau von der Eidgenössischen Getreideverwaltung gemietet und konnte etwas später auch für den privaten Getreideumschlag und für die Pflichtlager der Importeure benutzt werden.

1977 baute die Silo AG den zweiten Silo, und obwohl der neue Silo von aussen her kleiner wirkt, fasst er 24000 Tonnen. Ungefähr ein Drittel des Bauvolumens, so erzählte

Hans Wohlwend während seinen Führungen, sei nämlich im Boden versenkt.

Im Weiteren erklärte Wohlwend, dass durch die Aufhebung der Importkontingente und die Auflösung der Eidgenössischen Getreideverwaltung sich der Getreidehandel sehr stark verändert hat.

Aber leider, so Wohlwend, nicht zum Guten. Zu den Tausenden von Bauern, die bereits aufgeben mussten, verschwanden auch einige hundert Mühlen, wie zum Beispiel jüngst die Eberle-Mühlen in Rickenbach, die einst für schweizerische Verhältnisse einen Grossbetrieb darstellten.

Aber auch die WTO (Welthandelsorganisation) hilft mit, dass es unserer Landwirtschaft und dem landwirtschaftlichen Gewerbe, wie der Müllerei, nicht besonders gut geht, erklärte er und betonte: «Wenn wir als freie Nation überleben möchten, müssen wir darauf achten, dass unsere Landwirtschaft mit ihrem Gewerbe nicht zugrunde geht.»

## «Gartenbeschluss» vom 27. Juni:

In ihrer Sommersitzung beschloss die kantonale Parteileitung am 27. Juni die definitive Teilnahme unserer Partei an den Nationalratswahlen 2003. Unsere Liste wird in einer Pressekonferenz, die noch vor den Sommerferien stattfinden soll, der Öffentlichkeit vorgestellt. Trotz nicht gerade erbaulicher Erfahrungen mit der sogenannten Presse- und Meinungsfreiheit und den vielen Schikanen gegen eine gesunde und in der funktionierenden Demokratie bitter nötige Opposition haben sich die Kandidaten bereit erklärt. Aber auch den zu hundert Prozent berechtigten Wünschen für einen Einbezug der

Frauen in unsere NR-Liste konnte nicht stattgegeben werden. Frauen in unserer Partei müssen aus einem besonders harten Holze «geschnitzt» sein, denn die permanenten und oft undemokratischen, menschlich teils miesen Anfeindungen sind für Frauen wahrlich kein Zuckerschlecken. Die Parteileitung dankt allen, den Spendern ganz besonders und natürlich den Kandidaten von ganzem Herzen für den Mut, den Einsatz und die Investitionen in dieses Vorhaben und wünscht heute schon Kraft, Durchhaltewillen und viel Energie.

Kantonale Parteileitung,  
SD Thurgau



Kanton Basel-Land



## 7 SD-Leute für den Nationalrat

Die Schweizer Demokraten des Kantons Baselland werden sich auch an den diesjährigen Nationalratswahlen mit einer eigenen Liste beteiligen. Mit ihrer Liste wollen sie all den Leuten eine Stimme verleihen, welche nicht die Regierungsparteien mit ihrer Schulden- und Einwanderungspolitik zu unterstützen gedenken. Anlässlich einer Versammlung wurden folgende Kandidierende für die Nationalratsliste 9 nominiert:

1. Roland Bächtold, 7. August 1947, e. Landrat, Unternehmer, Reinach
2. Beatus Häberli, 13. Oktober 1941, e. Gemeinderat, Maler, Sisach
3. Rudolf Keller, 17. April 1956, Landrat/Gemeindekommissionsmitglied, Eidg. dipl. Kaufmann, Frenkendorf
4. Mirko Meier, 29. April 1973, e.

Landrat, Bäcker-Konditor, Birsfelden  
5. Florian Reischenböck, 23. November 1980, Einwohnerrat, Metzger, Pratteln  
6. Bruno Steiger, 22. Juni 1951, Landrat/Einwohnerrat, Spezial-Handwerker, Allschwil  
7. Heidi Thüring, 2. November 1961, dipl. Gesundheits- und Ernährungsberaterin, Ettingen

Für die Ständeratswahlen verzichten die SD auf eine Nomination. Keiner der beiden Kandidaten wird von den SD unterstützt. Die SD rufen folglich dazu auf, den Ständeratswahlzettel leer einzulegen. Der SP-Kandidat ist ein Multi-Kulti-Vertreter und der FDP-Kandidat ein allzu stiller Baselbieter Ständeratsvertreter. Mit den Schweizer Demokraten ist auch im Baselbiet weiter zu rechnen!

Mediendienst SD-Baselland



Kanton Thurgau



## Regierungsrat Graf hebt Demokratie aus!

Eben wurde es dem Thurgauer Volke mitgeteilt: Das Departement für Justiz und Sicherheit von Regierungsrat Graf-Schelling (SP) hat den Rekurs eines 25-jährigen Türken gutgeheissen. Dessen Einbürgerungsgesuch war von der Ge-

meindeversammlung in Bürglen abgelehnt worden und zwar mit 58 Nein- zu 47 Ja-Stimmen. Der Türke wird nun also Schweizer! Wir Schweizer Demokraten bedauern diesen regierungsrätlichen Missgriff des linken Regierungsrates

## Kurzansprache von Rudolf Keller

Landrat/e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident,  
anlässlich der SD-DV vom 14. Juni 2003 in Interlaken



Rudolf Keller,  
Landrat,  
e. Nationalrat  
und SD-Zen-  
tralpräsident,  
Frenkendorf

### Liebe Delegierte

Nicht nur temperaturnässig: Heiss gehts zu und her in unserm Lande. Heisse Szenen spielen sich ab. Mehr und mehr nimmt die Gewalt Überhand. Die Kriminalitätsraten steigen und steigen, und immer noch erklären die Regierungsparteien, dass sie alles im Griff hätten. Alles im Griff? Wohl kaum. Auch die FDP gibt nun vor den Wahlen vor, sich für die innere Sicherheit stark zu machen. Aber effektiv tun sie das Gegenteil. Und die CVP weiss ohnehin nicht, wo sie steht. Einmal macht sie Zack und einmal macht sie Zick und dann wieder Zack. Gewalt in den Schulhöfen. Überfälle in Zügen. Busse werden demoliert. Und unsere neue Frenkendorfer Bahnhofunterführung wurde vorletztes Nacht verschandelt. Scherben vom Saufgelage lagen auch noch dort. Aber eben. Das hat man, wenn man zu wenig Polizei hat. Wir sparen uns noch zu Tode. Und dies gilt für manchen bereits im wahrsten Sinne des Wortes. Uns fehlen genügend Polizisten. Deshalb müssen wir, wenn es in Genf und Lausanne Krawalle gibt, bereits deutsche Polizisten zur Hilfe holen. Welche Schande für unser Land. Wie weit sind wir bereits heruntergekommen, dass die Berner Jammerlappen ausländische Hilfe holen müssen. Und im Parlament haben sie staatsvertraglich mit Frankreich abgemacht, wer wie viel für allfällige G8-Demo-Schäden zahlen muss. Ich hätte gesagt, wir zahlen überhaupt nichts. Das war ja nicht unser Gipfeltreffen. Sollen doch die für die Schäden aufkommen, welche überall auf unserm Erdball Weltpolizist spielen wollen. Aber nein, unsere Bundesräte sind wieder einmal gekrochen. Ach es gab ja fast noch Tränen, dass unser Präsidentlein Pascal den lieben lieben George nicht zu einem Vier-Augen-Gespräch treffen konnte. Dann hat ers halt so gemacht, dass er während allen Phototerminen möglichst immer hinter dem lieben George gestanden ist. So dass er auch ins Bild kommt. Ob er dabei immer im Bild gewesen ist, das

ist eine andere Frage. Aber immerhin, das grosse und wichtige Schweizlein war dabei. Dabei sein ist alles, auch wenn man dabei seine Selbstachtung verliert. Aber eben, die Welt besteht aus solchen Menschen. In Deutschland beendet einer seine Moralistenkarriere per Fallschirm – offenbar hinterlässt der Saubermann noch viele schwarze Konten, und gegen das Parteiengesetz hat er auch noch verstossen. Und ein anderer deutscher Moralist soll angeblich verbotenerweise im Besitz von Kokain gewesen sein. Aufgeflogen sei das im Rahmen von polizeilichen Ermittlungen im Rotlichtmilieu.

### SVP...

Ja und wir in unserem Lande: Wir haben nur die liebe SVP. Die SVP, welche für die Bilateralen Verträge eintrat. Die SVP, welche die Grundstückverkäufe an Ausländer lockern will. Die SVP, welche für die neue ausländerfreundliche Bundesverfassung war. Die SVP, welche vor 2 Jahren an ihrem Parteitag für das Rentenalter 67 eintrat und heute davon nichts mehr wissen will. Die SVP, welche der Meinung war, dass das Tier eine Sache sei. Die SVP, welche Ende 2001 offiziell für die Aufhebung des Schächtverbots eintrat. Die SVP, welche einen schweizerischen Vizepräsidenten hat, der Schwarzarbeiter beschäftigt. Von all den SVP-Politikern, die sich in jüngster Zeit als Steuerhinterzieher, Abzockerungsverwaltungsräte, hoch Verschuldete oder Waffenlager anlegende Leute entpuppt haben, ganz zu schweigen. Nun gut, das ist eben die SVP. Wer diese Partei wählt oder gar mit ihr zusammenarbeitet, wird wohl kaum bewusst wissen, mit wem er sich da einlässt. Und gegen Dummheit ist kein Kraut gewachsen.

### ...und SP

Dann gibt es ja auch noch die Alternative, die SP. Sie erzählen uns, dass sie die Krankenkassenprämien herunterholen wollen. Womit denn, würde Karl Otto fragen, mit mehr Steuern natürlich, oh Henri. Die Katze beisst sich also wieder in den Schwanz. Dann wollen die lieben Genossen Integrationsprogramme für die armen Ausländer, die sich in unser Land verirrt haben. Bezahlen sollen das auch wieder wir. Wir Einheimischen sind doppelt geschädigt durch die Ausländerpolitik von SP, CVP und FDP. Einerseits leiden wir im wahrsten

Sinne des Wortes unter diesen immer unhaltbarer werdenden Zuständen. Andererseits sollen wir als Steuerzahlende auch noch dafür bezahlen. Eine Zumutung ist das. Und immer mehr solcher Leute dürfen in unser Land strömen. Die Zahl derjenigen, welche aus Afrika und Asien kommen, steigt und steigt. Und die meisten kommen nicht einmal mehr zum Arbeiten in unser Schlaraffenland. Nein, das sind Gäste, welche als Familienangehörige bei uns eintreten. Sie dürfen kommen. Niemand hat etwas dagegen. Die Freisinnigen schreien dann noch, dass wir wegen der Finanzierung der AHV diese Leute bräuchten. Dabei werden auch die einmal älter und wollen AHV beziehen. Und da sehr viele einwandern, welche gar nicht arbeiten, reicht die AHV natürlich hinten und vorne nicht mehr. Beschissen sind wieder wir während Jahrzehnten brav arbeitenden Einheimischen. Und – meine Damen und Herren – bald die Hälfte aller neuen IV-Fälle sind solche von Ausländern. Wundert Ihr Euch noch, dass jetzt der Franz von Altdorf kommt und uns erklärt, die SUVA müsse mit den Prämien nach oben? Das sind alles Folgen der Einwanderung! Aber die wollen das nicht sehen. Sie machen einfach die Augen zu. Hauptsache, sie können vorherhand noch ihre grossen Geschäfte machen. Denn nicht wahr, all diese eingereisten Leute brauchen Schulen, zusätzliche Lehrkräfte, Autos, Strassen, Spitalbetten usw. Und um ihnen das alles zur Verfügung zu stellen, plündern wir unsere Natur. Wir bauen und bauen und bauen. Man hat oftmals das Gefühl, dass jeder Quadratmeter Heimaterde verbetoniert werden soll. Unser Land ist inzwischen das am dichtesten besiedelte Land Europas. Immer mehr trampeln wir uns gegenseitig auf den Füßen herum. Die Folge dieses Raubbaus an der Natur – nicht nur in unserem Lande – ist die, dass das Klima zunehmend umkippt und sich immer mehr meteorologische Katastrophen ereignen. Wir verpesten die Luft mit zusätzlichen Autos und Heizungen. Wir nehmen immer mehr Bauern die Lebensgrundlage weg, indem wir unsere Märkte öffnen und die Konkurrenz aus dem Ausland hemmungslos über uns herfallen darf. Unser Volk ist selbst schuld an dieser Situation. Die Mehrheit lässt dies zu und merkt nicht, was hier gespielt wird. Wir verbrauchen die Ressourcen, welche eigentlich für Generationen und Generationen gedacht waren, innert kürzester Zeit. Das ist verantwortungslos und auf die Dauer ruinös. Auch die SVP

macht leider bei diesem Wachstumswahn mit. Was haben dann die Generationen nach uns noch? Butter aus Süditalien, teilweise hergestellt in England. Kartoffeln aus Russland, derweil die Leute in Russland hungern müssen. Die werden uns eine Betonwüste hinterlassen. Davon können wir und unsere Nachkommen allerdings längerfristig nicht leben.

### Aufgeweichte Armee

Und um diese Betonstädte zu verteidigen, brauchen wir auch keine schlagkräftige Armee mehr. Das haben die Stimmenden am 18. Mai so gesehen. Schritt für Schritt wird unsere Armee abgeschafft. Es gibt keine allgemeine Wehrpflicht mehr. Vielleicht bleiben noch 200 000 Soldaten. Bloss, wofür? Was sollen die noch verteidigen? Die Neutralität wurde von der CVP und FDP auch aufgeweicht. Sie ist heute nur noch eine Farce und wird von der sozialistischen Aussenministerin nicht mehr gelebt. Um international dabei zu sein, machen unsere sogenannten Generale Studienreisen in die halbe Welt. Sie analysieren die Schlacht von Marignano und den Kampf an der Maginot-Linie. Das ist unsere Armee! Für Bewachungsaufgaben beim G8-Gipfel waren unsere Truppen zu wenig gut ausgebildet und gerüstet. Da ist es wohl besser, die stampfen dann wieder Schnee am Lauberhorn! Ich frage Euch, was soll denn das noch? Und oben drein sind sie noch der sogenannten NATO-Partnerschaft für den sogenannten Frieden beigetreten. Amerika lässt grüssen. Nichts kann mehr laufen, ohne dass die ihren Senf dazu geben. Und erst die lieben Schweizer Rekruten. Das sind arme Leute. Sie werden bei der Aushebung befragt, wie oft sie mit einem Mann oder einer Frau geschlafen hätten und ob ihr Sex befriedigend sei. Und wie sie verhüten würden und was sie für Sexualpraktiken ausüben würden und und und. Ich frage Euch, was soll das eigentlich, was ist das noch für eine Armee? Zuguterletzt haben sie noch den General Arbenz, der eigentlich, weil 65 Jahre alt, längst hätte den Dienst quittieren müssen laut Sämi Schmid. Aber er ist offenbar immer noch im Amt. Die machen was sie wollen und scheren sich einen Dreck um die Anordnungen des guten Sämi. Und wir Schweizer Demokraten? Müssen wir da nicht langsam unsere Position zur Armee überdenken? Sollen wir eine solche Armee politisch noch unterstützen? Oder können wir bei der nächsten Ab-

Fortsetzung von Seite 11.

stimmung nicht auch für deren Abschaffung stimmen? Diese Frage stelle ich für heute mal in den Raum. Wir müssen sie nicht jetzt beantworten. Aber fragen müssen wir uns schon. Denn bereits soll es auch innerhalb der Armee zu einzelnen Auseinandersetzungen gekommen sein zwischen Schöngang-Schweizern und Erstkurz-Schweizern. Multi-Kulti hat natürlich auch bei der Armee Einzug gehalten. Aber solche Vorfälle versuchen die Armeeoberen möglichst unter der Decke zu halten.

## Mühe mit den Entwicklungen

Die Zeiten sind anders geworden – ich für meinen Teil muss sogar sagen, dies ist nicht mehr meine Zeit... Ich habe immer mehr Mühe mit dieser Gesellschaft und mit der Art und Weise, wie alles läuft. Nächste Woche wird der Ständerat die Einbürgerungen lockern. Auf dass noch mehr Papierlischweizer produziert werden. Da können wir ja nicht anders. Da müssen wir wohl ab Oktober 2003 mit aller Energie Unterschriften dagegen sammeln. Und dann bin ich gar nicht sicher, ob dieses Parlament nächste Woche noch den Cannabis-Konsum frei gibt. Es würde eigentlich zum Bild passen, zum Bild einer zusehends zerrütteten, halt-

losen und in sich zusammenfallenden Gesellschaft.

## Unsere Stunde schlägt

Aber halt, da gibt es ja noch uns tapfere Schweizer Demokraten. Es ist unsere Aufgabe, gegen die Aufgabe unseres Landes anzukämpfen. Dafür sind wir da. Das ist unsere Berufung. Nehmen wir Einfluss. Stemmen wir uns gegen die ungunstigen Entwicklungen. Stehen wir für die kommenden Generationen ein, auf dass sie noch eine lebenswerte Schweiz antreffen. Ein Land, für das sich der Einsatz lohnt. Ein Land, das ausserhalb der EU bleibt, denn die EU wird eines Tages in ihre Bestandteile zerfallen, genau gleich wie alle anderen grossen Reiche, die es in Europa schon gegeben hat. Der europäische Einheitsbrei wird keinen Bestand haben. Dann schlägt wieder die Stunde der Nationalstaaten. Und diese Stunde wird kommen. Erst dann wird mit den Linken und den Bürgerlichen abgerechnet! Und erst dannzumal wird sich unser dritter Weg, der friedliebende Nationalismus, durchsetzen. Bis dahin werden wir noch viel Geduld haben müssen und wir werden wohl auch noch einiges über uns ergehen lassen müssen. Aber ich bin sicher: Unsere Zeit wird kommen.

Fortsetzung von Seite 7:

Krieg gewonnen, aber gleichzeitig ein allgemeines Chaos mit schlimmsten Verletzungen des Völkerrechts angerichtet. Nun kommen noch Dinge an die Öffentlichkeit, wie z.B.:

«Ein britischer Oberstleutnant soll irakische Zivilisten schwer missandelt haben. Gegenüber einer Boulevard-Zeitung soll er erklärt haben,

**nur Drohgebärden können im besetzten Irak für Ordnung sorgen.**

Derselbe Offizier war zuvor von britischen und amerikanischen Kriegsherren gefeiert worden, weil er vor amerikanischen Soldaten den folgenden Erguss von sich gegeben hatte: «Greift an, wildwütend in der Schlacht, grossmütig im Sieg. Das Heer zieht als strafende Gerechtigkeit in den Krieg. Ihr dürft dem Feind gegenüber keine Gnade zeigen. Vernichtet sie, wenn es das ist, was sie wollen. Husseins Kommandanten haben befleckte Seelen und müssen ausgemerzt werden. Sterbend werden auch die irakischen Soldaten begreifen, dass ihre bösen Taten sie in diese Situation geführt haben.

Dass G.W. Bush begeistert applaudiert haben soll, ist noch zu verstehen; ebenso dass die dem Likud-Block nahestehende Presse lobende Worte fand; dass aber Prinz Charles diese Rede als «göttlichen

Auftritt» bezeichnete und für die «aussergewöhnlich aufwühlenden, zivilisierten und humanen Worte» gedankt haben soll, schlägt ja doch wohl dem Fass den Boden aus.

Es passt zu einem jüngst erschienenen Artikel von Ralph Peters, einem Kolumnisten der «New York Post». An die Adresse von Europa steht dort folgendes geschrieben:

«Wir werden eure blutbeschnittenen, verrotteten Regeln für das internationale System nicht länger hinnehmen, sondern unsere eigenen Regeln schaffen. Ihr werdet nicht viele unserer neuen Regeln mögen. – Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 werden wir nicht warten, bis wir wieder angegriffen werden. Sondern vorsorglich überall dort zuschlagen, wo wir das für notwendig halten – und das werden wir tun, ohne Europa noch einmal um Erlaubnis zu fragen.

Da war die Breschnew-Doktrin geradezu zivilisiert. Einen Vorgeschmack auf kommende Zeiten hat der Imperator Bush geliefert mit der Art, wie er mit den Gegnern des Irak-Krieges umgesprungen ist. Die Franzosen, die Deutschen und andere Kriegsgegner können ein Abschiedslied anstimmen auf die Gleichberechtigung der Völker. **Gott bewahre uns vor Imperatoren!**

Hans Spitz, Köniz



## Englisch über alles

Die Pisa-Studie machte deutlich, viele Jugendliche sind im Lesen und Schreiben schwach. Bei Er-

wachsenen gibt es auch immer mehr funktionale Analphabeten, die den Text zwar lesen können, ihn aber nicht verstehen und sogar meinen, diese Studie beschreibe den schiefen Turm.

Der Zeitgeist hat das Hochdeutsche im Englischen fast ertränkt. Der Aufruf der Erziehungsdirektoren an die Schullehrkräfte, vermehrt zu lesen und hochdeutsch zu sprechen, ist bitter nötig! Viele Firmen sind dem Englisch-Wahn längst erlegen und unsere gute alte Post (Alter schützt vor Torheit nicht) zieht nach, denn die Briefpost heisst nun «PostMail»

Elmar Schneider, Goldach

Schweizer Ehepartner heiraten. Wird die Einreiseperrre missachtet, müssten Fehlbare unter diesen Umständen bei illegalem Aufenthalt in der Schweiz mit einem Freiheitsentzug von mindestens einem bis maximal fünf Jahre sowie lebenslanglichem Landesverbot rechnen. Können Personen, welche von dieser Regelung betroffen sind, aufgrund ihrer ungeklärten Identität oder aus humanitären Gründen vorübergehend nicht in ihr Heimatland zurückgebracht

werden, sollten sie zum Schutz unserer Bevölkerung solange in Gewahrsam bleiben, bis ihre Ausreise erfolgen kann.

Ich bin überzeugt, dass eine derartige Verordnung beim Volk auf breitere Zustimmung stossen würde als pauschale «Ausländerbegrenzungen», welche lakonisch als Fremdenfeindlichkeit abgetan werden. Zudem ist eine solche Gesetzesanpassung aktuell und angemessen.

Fritz Hösli, Zürich

## Massnahmen gegen kriminelle Ausländer

Ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz ein Verbrechen verüben oder sich vorsätzlich eines schweren Vergehens schuldig machen, und solche, welche im Rahmen unserer gesetzlichen Bestimmungen als Gewohnheitskriminelle einzustufen sind, sollten

nach Verbüsung allfälliger Haftstrafen für mindestens zwanzig Jahre des Landes verwiesen werden. Vom Erlangen einer Aufenthaltsbewilligung und schweizerischer Staatsbürgerschaft wären die Personen unbefristet auszuschliessen, selbst dann, wenn sie einen

## Verschwiegene Asylkosten

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Als mehrfache Mutter und Grossmutter verfolge ich seit Jahren mit wachem Geist den Zustand der allgemeinen Politik in unserem Land.

Die gegenwärtigen Veröffentlichungen betreffend Kürzungen der AHV- sowie IV-Rente sind das verärgerte Tagesgespräch unter der Schweizer Bevölkerung. Warum wird eigentlich vom Staat ver-

schwiegen, dass das Asylwesen unsere Staatskasse mit Milliarden-Kosten belastet? Und man diese rigorosen Ausgaben Jahr für Jahr gewährleistet, statt diese zu kürzen? Wir Schweizer Bürger und Bürgerinnen bezahlen in dieser unerklärlichen Situation mit Unmut unsere geforderten Steuern und fühlen uns bald fremd im eigenen Land!

Heidi Bosshardt-Amstutz, Bolligen



## Le progrès déshumanisé



Mary Meissner,  
Vernier

Les Grands de ce monde, dont on ne connaît que quelques noms qui représentent une toute petite pointe de certains gros icebergs, font plus de mal au développement de l'humanité sur notre planète que les réunions tapageuses sur-médiatisées des G-8, WEF, Gènes, Porto Alegre ou Kyoto. Qui connaît la Trilatérale, le groupe des Bilderberg, les cercles de réflexion (Think Tank) comme la Rand Corporation, la Rockefeller association, et les autres sociétés américaines ou anglo-saxonnes, telles la Fabian Society, le CFR (Council of Foreign Trade, le Hoover Institute ou la Coca Cola Foundation? Il y en a des centaines d'autres qui se réunissent plusieurs fois par année sans bruit, sans commentaire médiatique et, à part les membres, aucun pékin ne connaît l'endroit et la date de ces assemblées, aussi secrètes que celles des francs maçons ou du CJM (Congrès Juif Mondial). Mais plus important, ces groupes sont eux-mêmes contrôlés par des groupes d'intérêt apatrides et cosmopolites tous d'essence plus ou moins satanique téléguidés par le Lucis Trust ou la Round Table, ou plus anciennement, par les Illuminés de Bavière et les Rosicruciens. Tous ces membres qui se croient investis d'une mission divine planétaire poursuivent des buts contraires à ceux de notre civilisation européenne telle qu'elle s'est construite depuis Constantin Légrand. Ils ont même un signe de ralliement: le billet de un dollar. Par les emblèmes qu'il porte il est à lui seul comme l'emblème des principales idées qui président à la politique américaine et par ricochet sur la politique mondiale. Le tronc de la pyramide surmonté de l'oeil qui voit tout, (nous avons expliqué tout cela dans le journal Peuple et Patrie il y a longtemps), est le symbole de l'ordre occultiste des Illu-

minés de Bavière, avec, en chiffres romains, l'année de la fondation de cette secte, 1776. La devise «novis ordo seclorum» signifie «nouvel ordre des siècles» et est complétée par la formule: «annuit Coeptis» qui signifie «approuve les choses initiées», c.à.d. celles établies par la maçonnerie.

Et les peuples s'étonnent d'être soudainement entraînés dans des conflits dont ils ne connaissent pas les vraies causes, comme l'horrible Révolution française fomentée par les Francs-maçons qui ont encore pignon sur rue aujourd'hui (la Loge du Grand Orient de France, la Soge Alpina en Suisse romande, ou la Golden Down en Grande Bretagne pour ne citer que celles là). Il en résulte la dégradation de notre environnement naturel et spirituel, l'un étant influencé par l'autre. Les populations sont enfermées dans des carcans de plus en plus sophistiqués dégradant l'eau, l'air et les sols et nos autorités n'interviennent pas et pensent «après nous le déluge» puisqu'elles ne veulent ces postes à responsabilité que dans leur propre intérêt terrestre. Les chercheurs fous et les experts grassement payés ont de beaux jours devant eux pour justifier la vivisection et autres recherches payantes mais plus nuisibles qu'utiles. Sous de fallacieux prétextes d'aide humanitaire, des virus sont répandus dans certaines zones et les organismes génétiquement modifiés se glissent subrepticement dans nos assiettes et nos verres créant une race humaine obèse et de plus en plus vulnérable aux maladies de toutes sortes. Qui nous dit que cette politique n'est pas mise on place pour donner aux grands groupes pharmaceutiques et chimiques, des débouchés de plus en plus nécessaires allant des hôpitaux aux simples citoyens, en passant par l'immense réservoir animal?

Les faux-dieux appelés «Démocratie» ou «Droits de l'Homme» ont été concoctés dans les shekinas de ces diverses loges ayant leurs sièges dans les sous-sols de l'ONU à New York qui souhaitent en réalité le retour d'une dictature mondiale leur ouvrant sans partage des possibilités énormes dirigistes et omnipotentes.

C'est pourquoi l'être humain est de plus en plus malheureux, car une grande partie est devenue la proie des requins inhumains et sataniques qui se sont emparés des leviers de commande faisant des présidents comme Chirac, Bush, Schröder et Blair, sans compter les potentats africains ou les imams asiatiques des pantins influençant des idiots utiles.

Est-il trop tard pour stopper ces «progrès» dégradant les mœurs, la nature et le règne animal? Sera-t-il possible d'apprendre aux enfants depuis leur tendre enfance, moins de boulimie d'un soi-disant progrès factice enrobé de musique rap, de bruit et d'alcopops, de drogues, de sexe et de violences? La décadence se propage partout, jusqu'au cœur des actions humanitaires (médicaments périmés, empoisonnements par vaccination et vols de plus en plus importants dans les caisses de bienfaisance). Je ne sais pas où l'on va vraiment, mais ce

qui est sûr c'est que nous allons dans le mur et je me demande quel intérêt pousse ces sectes et sociétés secrètes à élaborer des actions subversives souterraines pour dominer un monde où tout est contaminé, déformé et décadent? Où des peuplades primitives en symbiose avec leur environnement sont détruites et assujetties, où la cruauté se répand à travers les corridas, la chasse imbéciles, les safaris inutiles, la pollution des mers et des rivières, de l'air et de la terre qui ne sera plus longtemps nourricière. Un vent de folie envahit la planète sous une avalanche de mensonges, de désinformations et d'influences néfastes et lorsqu'un parti quelconque veut redresser ce train fou d'une politique absurde, il est vilipendé et détruit par les forces du Mal. Bush a raison, mais il se trompe de cible puisqu'il est lui-même manipulé. Changeons le mot «progrès» en «descente aux enfers».

## Le Piloni

### Assurance maternité

Cette question revenant sur le tapis, force m'est d'y prendre part pour répéter ce que nous avons dit à ce sujet avant les dernières votations. Ce n'est pas seulement le fait de payer sans distinction les femmes au foyer et celles qui travaillent, mais c'est l'immense injustice de faire payer des impôts aux femmes qui ne veulent pas d'enfants, aux célibataires endurcis, aux homosexuels, aux vieilles dames qui ont déjà donné en se débrouillant toutes seules pour élever leurs enfants et qui n'avaient pas de subvention, aux handicapés et aux personnes stériles. Une autre question plus cruciale encore. Lorsque vous ouvrez les journaux chaque matin et que vous prenez le temps de lire les noms bizarres des nouveaux-nés figurant sous la rubrique appropriée, sur des douzaines d'enfants, il n'y a que quelques rares suisses et tous les autres sont étrangers dont de plus en plus de musulmans. Comme cette religion a décidé de prendre le «pouvoir par la matrice» dans le monde entier,

les partis qui demandent un arrêt de subventions coûteuses ont raison. Mais qu'ils appellent un chat, un chat.

### L'assurance invalidité invalide elle-même

Une de mes amies cartomancienne et voyante m'a raconté de drôles de choses sur les consultants qui viennent chez elle. Plusieurs d'entre eux sont des bénéficiaires de l'AI qui jouent la comédie et qui, après quelques échanges de vue, admettent qu'ils n'ont pas d'autre choix que de se prétendre plus malades qu'ils ne sont. En général, ce sont des étrangers qui ne veulent pas quitter la Suisse, et qui veulent rester le plus longtemps possible pour continuer à encaisser des sommes leur permettant d'aider leur lointaine et nombreuse famille. Il y en a même qui admettent avoir un bien immobilier dans leur pays d'origine et ceux qui possèdent des comptes bancaires plus importants que ceux de nos autochtones. Il y en a même qui se gaussent de la cécité des responsables de l'AI et de l'incapacité des médecins désignés d'office à déce-

## Le Pilon

Suite de page 13

ler les supercheries. En effet, peut-on savoir le degré de souffrance rhumatismale, la profondeur d'un stress ou d'une angoisse, la réalité d'un handicap léger mais incapacitant? J'aimerais bien savoir combien de réels malades sont vraiment présents parmi les 500'000 bénéficiaires des actuelles prestations et des 252'000 rentes versées? Ce n'est pas étonnant que leurs chiffres soient dans le rouge. De plus, Béatrice Breitenmoser, la directrice de l'AI propose un remède peu fiable. Favoriser la réinsertion ou réexaminer la situation de chacun tous les deux ou trois ans, ne diminuera pas le nombre des fraudeurs, surtout ceux assez intelligents et malins pour jouer leur comédie qui rapporte. L'UDC a donc raison de s'attaquer à ce sujet, car cela dure depuis trop longtemps et il faut une perte abyssale pour que quelqu'un réagisse.

## La France, comme d'habitude, se distingue

Le nombre de détenus en France a atteint en avril le chiffre historique de 59 155 personnes incarcérées. C'est un record absolu depuis l'apparition des statistiques au XIXe siècle. Décidément les grands pays ne sont pas gâtés sur ce plan pénitentiaire, mais proportionnellement, la Suisse n'est-elle pas en train de rejoindre ces chiffres? Est-ce pour cela que tous les casseurs, délinquants et dealers qui se font arrêter régulièrement, sont relâchés dans la nature dans les 24 heures? Pour les budgets publics c'est évidemment moins cher de laisser dans la nature de petites frappes qui vont continuer à casser les biens publics et privés, plutôt que de construire de nouvelles prisons. De toutes façons les citoyens qu'ils paient des impôts ou qu'ils se fassent gruger par des malfrats, sont perdants.

## Nouvelle religieuse

Le président israélien Moshe Katsav vient de demander au Vatican la liste des Trésors du Temple de Jérusalem que la papauté serait censée détenir. Selon lui, le ménorah (chandelier hébraïque) et certains ustensiles liés au culte auraient été emportés en l'an 70, par des années romaines. La secte des Fidèles du Temple désire construire un troisième Temple car la venue du Messie est proche et la rédemption du peuple juif qui régnerait sur le monde en aura besoin. Or ces objets ont disparus vers l'an 300 et le Vatican a toujours nié les posséder. Qu'est-ce qui se trame en

sous-main après la Shoah et l'Holocauste?

## Réunion discrète du groupe Bilderberg

L'un des deux plus puissants groupes mondialistes, celui des Bilderberg, tenait sa séance annuelle à Versailles dans la semaine du 12 au 17 mai. Aucun journal, aucune télévision n'en a parlé, alors que Jacques Chirac avait délégué des Ministres et envoyé des discours. Le gratin de la planète (ou qui se prétend l'être) a pu se réunir sans que nul n'en parle. Est-ce une tactique de la part des Français pour ne venir casser qu'en Suisse à grand renfort publicitaire ou le président de la République a-t-il peur qu'on sache qu'il est partie prenante de la franc-maçonnerie internationale? Plus il y a de secret quelque part, plus cela confirme des discussions tordues et des décisions prêtérissant les populations, au bénéfice des initiés. Ah! Ce mot d'initié est révéler par ceux qui se croient investis d'une mission divine. Ils s'en gargarisent discrètement enre eux jusqu'au jour J où sortant de l'ombre, ils imposeront leurs lois à travers les canaux qu'ils mettent patiemment en place et qui étrangleront facilement les récalcitrants. Les Anars ont de beaux jours en perspective.

## Aigle comme exemple

Une explication toute simple doit être donnée à la suite des attentats et morts de jeunes en Suisse Romande. A Aigle, par exemple, Vioran, Khaled et Visçar, trois jeunes aux noms bien de chez nous (!) appartiennent au groupe «YO», composé à 95% par des enfants d'immigrés et issus de pays où le groupe est essentiel. Comme on le sait, la foule devient incontrôlable sous l'impact d'un seul meneur et de ce fait porte les individus à des violences qui n'existaient pas il y a encore quelques dizaines d'années dans notre pays.

## La Belgique mouchée par Bush

Washington a menacé de retirer le siège de l'OTAN, actuellement à Bruxelles et de boycotter le port d'Anvers, si le gouvernement belge ne changeait pas sa loi de «compétence universelle» qui permettait aux tribunaux du Plat Pays de juger les violations graves du droit international humanitaire, quel que soit l'endroit où elles ont été commises.

Le premier ministre Guy Verhofstadt et le chef de la diplomatie Louis Michel ont cédé. Et la loi ne sera plus appliquée telle qu'elle, vu les plaintes qui s'étaient multipliées contre Georges W. Bush, Dick Che-

ney, Colin Powell, le général Tomy Franks, Ariel Sharon et le général Amos Yaron.

De toutes façons quelle mouche avait piqué ces Belges pour qu'ils s'arrogent le droit universel de juger les assassins d'Etat? Des hommes jugeant d'autres hommes. Dans ces cas exceptionnels seule une justice divine peut décider. Ces crimes sont si graves, si démentiels qu'une justice humaine est incapable de prendre des mesures adéquates, (voir le tribunal de Nuremberg, une parodie de justice.)

OCTOPUS

## Les sources du mensonge politique

Que Monsieur Tony Blair ne monte pas sur ses grands chevaux lorsqu'on l'accuse de mentir à propos de l'Irak, car souvenons-nous que son prédécesseur, (Franc maçon, Loge Studhome en 1901) W. Churchill a été le précurseur de cette stratégie. Ce personnage machiavélique a créé le JAEL (un organisme de Politique internationale de désinformation) pour leurrer Hitler et ses séides. Le JAEL était composé de 19 sous sections organisant des actions clandestines et d'intoxication («deception») allant de la Grèce en Norvège. Point n'est besoin de répéter les détails des actions entreprises tout au long de la Seconde guerre mondiale dont le seul but était de déstabiliser l'ennemi afin qu'il commette des erreurs tactiques.

C'est la même politique suivie par Tony Blair et Georges W. Bush, ainsi que par tous les pays qui lorgnent sur le pétrole irakien en se cachant derrière de faux-semblants. Seulement, aujourd'hui, à la stratégie du JAEL s'ajoutent les mensonges qui sont si gros qu'ils

sont plus facilement avalés par des gouvernements de plus en plus lâches et désargentés. Je ne résiste pas à citer la phrase dite par Winston Churchill devant Staline en 1943: «En temps de guerre, la vérité est si précieuse qu'elle doit être toujours préservée par un rempart de mensonges.»

L'URSS avait, quoique similaire, une autre approche pour amener les peuples à entrer dans son giron. Staline avait créé le département K dont nous avons longuement parlé dans le journal Peuple et Patrie qui paraissait avant l'écroulement du mur de Berlin. Ce département diffusait de fausses informations et pas seulement pendant la période de la guerre et son chef était à l'époque Poutine, directeur du KGB, aujourd'hui SVR, incluant le département K qui doit certainement encore fonctionner, à voir le montage de l'attaque de l'Opéra de St-Petersbourg par «un commando tchéchène».

Passons aux Etats Unis qui veulent

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

## ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des  
**Démocrates Suisses** **DS**

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

**Rédaction:**  
Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
E-Mail:  
sd-ds@bluewin.ch

## Les sources du mensonge politique

*Suite de page 14*

parvenir à la maîtrise totale de l'information dans tous les domaines, (civil, militaire, technique, humain, médiatique et culturel). Naturellement le discours officiel continue à prétendre que seul le champ de la défense est concerné. Mais lorsque la subversion veut baser la tactique du savoir à la place du travail physique, on rejoint l'utopie soviétique qui remplaça la couverture or de la monnaie par le travail et la matière première. La guerre a donc un nouveau paradigme «La connaissance supplantant la manœuvre.» Si l'adversaire n'a pas assimilé les techniques de l'âge de l'informatique, il sera facile de détruire son industrie. D'autre part, une partie importante des combats se déroulera sur le champ de bataille des médias. Celui qui en jettera plein la vue (voir le 11 septembre 2002) aura la maîtrise de l'opinion générale et il sera facile de diaboliser n'importe quel ennemi, aujourd'hui les islamistes, le terrorisme diffus et on y ajoute la sauce de «l'axe du mal». Georges W. Bush

devient le Messie du Bien, chef du SIW (Strategic Information Warfare). Les fiéffés menteurs se sont munis d'un outil redoutable: Echelon, ce réseau de télécommunication planétaire, connecté à 120 satellites, 52 bureaux d'écoute dans 20 pays, plusieurs dizaines d'ordinateurs CRAY, l'ensemble étant capable d'intercepter chaque jour plus de 12 milliards de communications téléphoniques, de fax et de 3 millions par minute de messages internet. Donc couvrant aussi les Alliés européens, l'OTAN et autres amis considérés comme félons. L'UE l'a si bien compris qu'elle a proposé la création d'une Commission de contrôle à Strasbourg refusée par 464 députés contre 136. Et ceci sous prétexte que le 12 mars 2001, le Conseil de l'Europe avait adopté un règlement de sécurité pour protéger l'information sous toutes ses formes. Mais l'UE même agrandie est déjà dépassée et le mensonge, la désinformation et les leurres ont de beaux jours devant eux.

Conseil: lire la presse avec suspicion, écouter les nouvelles d'une oreille et douter des images télévisées.

*Mary Meissner*

## Nous l'avions prévu

Dans notre lutte incessante contre la surpopulation étrangère d'abord et maintenant contre les faux réfugiés et leurs cortège de demandeurs d'asile souvent TRES malades, nous avons mis en garde la population suisse contre les frais énormes qu'elle aurait à supporter, à commencer par le truchement des caisses maladie.

Nous avons également suggéré dès les augmentations répétées de nos primes d'assurance, que ces dernières étaient probablement dues aux requérants d'asile qui bénéficiaient, en plus d'un entretien confortable et de logements, des soins hospitaliers et médicaux gratuits.

Or, voici la conclusion à nos pronostics pessimistes. A Genève, la caisse d'assurance Accorda met ses actuels déboires financiers sur le compte des réfugiés. Dans le cadre d'une convention signée avec l'Hospice général la direction d'Accorda avait accepté de couvrir les frais des quelques 3500 requérants d'asile pris en charge par l'assistance publique genevoise. Aujourd'hui la caisse annonce un déficit de 4.5 millions de francs à cause de ce contrat puisqu'elle est en procédure de faillite et qu'elle va demander un 17% d'augmentation des primes à ses assurés. Il ne reste plus que fr. 38.- par mois et par

personne pour les soins. Le coût moyen de prestation d'un réfugié et de 25% plus élevé que celui d'un résident, car les requérants arrivent souvent dans un état pitoyable et nécessitant de coûteuses interventions.

Nous avons souligné ce phénomène, il y a plus de dix ans en ajoutant que beaucoup de ces asilants venaient chez nous pour se faire soigner à bon compte. Accorda a payé 7.7 millions de prestations brutes et les primes ne couvrent pas ce surcoût. Est-ce vraiment aux 6 à 7000 assurés genevois de payer la différence?

Monsieur Nagib Saraf le directeur affirme que dans un pareil cas c'est à l'Etat de payer puisqu'il est responsable de la politique d'asile.

Accorda dénonce la convention qu'elle a avec l'Hospice Général. Mais trouvera-t-elle un autre gogo? Pourquoi pas les églises qui soutiennent les réfugiés, ou les bien-pensants socialo-communistes, car recourir aux conseils d'une fiduciaire n'est pas la panacée? Décidément quand donc nos autorités accepteront-elles de suivre les demandes réitérées des Démocrates suisses, de la Lega et de l'UDC pour une réduction drastique d'immigration sauvage et incontrôlée?

*Charlotte Morel*

## Breves

### La folie des hommes

Les savants sont de plus en plus irresponsables. Au Mexique, une erreur a été commise par un laboratoire spécialisé dans les maladies infectieuses, par la fuite de quatre millions de «taons tueurs?» qui mettent en danger les élevages de bétail en Amérique centrale. Mais n'oublions pas que l'exportation mondiale est en pleine expansion et que l'Europe peut être aussi menacée.

Des milliers de têtes de bétail sont déjà mortes sous les piqûres de ces insectes qui ont été génétiquement «modifiés» afin de détruire leur cycle de fertilité. Seulement voilà. L'accident s'est produit dans le laboratoire de recherche mexicain qui s'adonne à l'élevage de 150 millions de taons par SEMAINE. Suite à une méprise, quatre millions de larves fertiles ont été libérées dans l'environnement. Ces insectes se sont immédiatement reproduits infectant des dizaines de milliers de bovins. A quand le tour des humains qui seront victimes de ces aberrations biotechnologiques? Cela se serait produit aux USA, des esprits bushériens auraient de suite crié à une attaque islamiste.

### Animaux clonés

Avec ces recherches incroyablement inutiles, il y a des risques que ces animaux clonés et manipulés se disséminent dans la nature, provoquant ainsi une pollution génétique, au même titre que l'usage des OGM que le National vient d'accepter à Berne récemment en refusant le moratoire de dix ans demandé par les agriculteurs. Dans la pratique les animaux clonés et manipulés pourraient s'accoupler avec leurs semblables et répandre ainsi des gènes altérés.

D'autre part, le clonage animal sert aussi à créer des copies biologiquement identiques d'animaux qui serviront de modèle expérimental pour la vivisection. Chacun d'eux est programmé pour développer une maladie.

Ces procédés sont odieux car les savants ne prennent pas en considération la souffrance et ne respectent ni le droit à la vie, ni à la santé, ni au bien-être des animaux qui sont devenus des êtres vivants et non plus des choses. Ils ont droit à un traitement équitable. Gare au retour de manivelle qui pourra provoquer d'autres SIDA, d'autres ESB et d'autres pandémies létales.

### Les militaires en accusation

Seulement aux Etats Unis, on compte 320 000 animaux qui sont torturés et tués à des fins militaires, une hécatombe injustifiable, non seulement parce qu'il s'agit d'expériences pouvant détruire des vies humaines, mais aussi, une fois encore, l'expérimentation animale ne donne jamais des résultats qui sont extrapolés sur les êtres humains. Il a été démontré que les vétérans de la guerre du Golfe à peine de retour chez eux ont commencé à souffrir de troubles de mémoire, de peau et autres joyusetés. 65% des enfants conçus après leur retour naissent avec des malformations congénitales. Ces soldats avaient absorbé et respiré des décontaminations chimiques, dont les effets toxiques avaient été précédemment expérimentés sur des animaux.

Les responsables constatent, mentent, cachent des résultats négatifs pour pouvoir continuer leur œuvre de mort et de destruction de la vie.

*Mary Meissner*

*Infos tirées du journal Orizzonti*

## Le Piloni

### Contorsions fédérales

M. Pascal Couchepin vient de faire des propositions concrètes pour diminuer les coûts de l'assurance maladie. En même temps, il insiste sur le fait que ces nouveaux barèmes seront plus solidaires et qu'ainsi les bien-portants contribueront à aider les malades.

Ceci est vraiment merveilleux pour les drogués, les sidéens, les buveurs, enfin tous ces gens qui sont excessifs dans leur comportement. Ils seront sûrs d'être vraiment soutenus même dans leurs excès. Si c'est cela la solidarité, merci Mon-

sieur Couchepin. Nous les non-fumeurs, par exemple, ne pourrions être sauvés qu'avec une loi interdisant toute fumée dans les locaux fermés comme aux USA où le trottoir est devenu un lieu de tabagisme et de mégots écrasés sur la chaussée. Ne serait-il pas plus équitable de faire payer les abuseurs qui y regarderaient à deux fois avant de se saouler, de participer à des rave parties ou à des clubs d'échangistes? Y a-t-il des statistiques qui donnent des chiffres précis concernant les irresponsables?

*Octopus*

## EU immer unverschämter

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer Delegiertenversammlung in Interlaken einstimmig folgende Resolution gefasst: Die SD sind empört über die inakzeptablen und unverschämten Forderungen der EU gegenüber der Schweiz. Die EU verlangt, dass die Schweiz wegen der Osterweiterung, die auch eine Erweiterung des EWR nach sich zieht, ebenfalls mitzahlen soll. Weiss die EU wirklich nicht mehr, dass das Schweizervolk 1992 den Beitritt der Schweiz zum EWR abgelehnt hat, oder wollen die macht hungrigen Diktatoren in Brüssel die Schwäche unseres Bundesrats ausnutzen, indem sie die Schweiz ein weiteres Mal zu erpressen versuchen? Aus Brüssel werden gar Stimmen laut, die damit drohen, wenn die Schweiz der Erweiterung

der bilateralen Verträge auf die neuen zehn Oststaaten nicht zustimmen sollte, die jetzigen bilateralen Verträge mit der Schweiz zu kündigen. Damit will die EU das Schweizer Stimmvolk offenbar im Hinblick auf eine kommende Volksabstimmung erpressen. Wahrlich eine seltene Unverfrorenheit! Die Schweizer Demokraten verlangen, dass der Bundesrat der EU mit der ganzen möglichen diplomatischen Härte mitteilt, dass sich die Schweiz eine solche unverschämte Einmischung der EU-Diktatoren nicht mehr bieten lässt. Sonst läuft die Schweiz Gefahr, auch ohne Beitritt zu EWR oder EU vollendes zur Kolonie der EU zu verkommen.

*Dr. Dragan Najman, Grossrat  
Pressechef SD Schweiz*

## Es geht immer noch zu harzig!

Noch immer läuft die Unterschriftensammlung für unsere neue Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» zu harzig, deshalb sammeln Sie Unterschriften! Erfahrungsgemäss sind sie eher leicht zu erhalten, wenn der Kontakt zum Stimmbürger einmal da ist. Eher schwierig ist es allerdings, diesen Kontakt herzustellen, weil die stimmberechtigten Schweizer (und Schweizerinnen!) im öffentlichen Raum langsam spärlicher werden, indem sich dort immer mehr Ausländer tummeln. Vielleicht ist der Text des

Volksbegehrens für manchen unserer Sympathisanten zu wenig scharf. Aber wir finden es sinnlos, eine Initiative einzureichen, die in einer zukünftigen Volksabstimmung keine Chance hätte, angenommen zu werden!

Eines ist nämlich sicher: wir können nie die ganze Weltbevölkerung bei uns aufnehmen. Bei einem solchen Versuch wird den bereits hier Wohnenden einfach der Lebensraum weggenommen! Das sollten auch die eingefleischtesten so genannten Antirasisten einsehen! Also an die Arbeit, nutzen wir das gute Wetter!



Schweizer Demokraten

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## Skandal-Bundesgerichtsentscheid zu Einbürgerungen

# Tiefschlag für die Demokratie

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit Unverständnis und Bestürzung vom Entscheid des Bundesgerichts in Sachen Zuständigkeit für Einbürgerungen Kenntnis. Die Begründung, wonach eine Einbürgerung einen Verwaltungsakt und nicht einen politischen Entscheid darstellt, kann keinesfalls akzeptiert werden. Es darf nicht sein, dass auf diese Weise durch die Hintertüre ein Recht

auf Einbürgerung eingeführt wird. Mit diesem Entscheid stellt das Bundesgericht das Fundament der direkten Demokratie in Frage. Die Stimmbürger werden diese von oben diktierte Beschneidung ihrer Rechte nicht gefallen lassen. Die SD sind bereit, zusammen mit anderen Parteien und Organisationen nötigenfalls mittels einer Verfassungsänderung gegen diesen skandalösen Einbürgerungsentscheid

entgegenzutreten und somit dem Anfang vom Ende der Volksherrschaft einen unmissverständlichen Riegel schieben.

*Bernhard Hess, Nationalrat und  
SD-Zentralsekretär, Bern*

*(Das Bundesgericht hat am 8. Juli 2003 verfügt, dass Einbürgerungsentscheide künftig nicht mehr an Gemeindeversammlungen und an der Urne gefällt werden dürfen.)*

## SD gegen die Verschleuderung des Bürgerrechts

Die Schweizer Demokraten (SD) wenden sich vehement gegen den Vorschlag des Parlamentes, dass Ausländer der dritten Generation bereits bei der Geburt automatisch Schweizer werden sollen. Inakzeptabel ist auch die Idee der Einbürgerungserleichterungen bei der zweiten Ausländergeneration, auch dann, wenn sie den grössten Teil der Schulzeit in der Schweiz verbracht hat. Selbstverständlich lehnen die SD auch ein willkürliches Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Einbürgerungen entschieden ab.

**Die SD bekräftigen hiermit ihren Beschluss des Zentralvorstandes**

**vom 17. Juni 2000, mit welchem das Referendum gegen jegliche Erleichterungen der Einbürgerungen und gegen die Verwässerung der Einbürgerungsvorschriften einstimmig beschlossen wurde.** Niemals werden es die SD zulassen, dass das Schweizer Bürgerrecht zum Nulltarif verschleudert wird.

*Bernhard Hess, Nationalrat  
und SD-Zentralsekretär*

### Massives Wachstum der Ausländerkriminalität

He. Die Schweizer Demokraten (SD) zeigen sich über die starke

Zunahme der Ausländerkriminalität äusserst besorgt. Allein 2002 begingen Ausländer in der Schweiz über 164'000 Straftaten, gegenüber 137'000 im Vorjahr. Über die Hälfte der in der Schweiz verübten Straftaten wurden von Ausländern begangen. Im Drogenhandel liegt der Anteil der ausländischen Täter sogar bei über 80 Prozent. Mit dieser beunruhigenden Entwicklung wollen sich die SD keinesfalls abfinden. Dringlich ist eine Verschärfung in den Bereichen Ausländer- und Asylpolitik, Grenzschutz und insbesondere im Strafrecht. Neben härteren Gesetzen ist eine konsequente Anwendung des Rechts unabdingbar.